

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 18./Dezember 1957

Blatt 2581

Ein reichgedeckter Tisch zu den Feiertagen

Das Wiener Marktamt hat vorgesorgt

18. Dezember (RK) Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, ist auch heuer der Lebensmittelmarkt für die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage reichlich und gut beschickt.

So werden über 250 Tonnen inländische Flußfische (größtenteils Karpfen, aber auch Hechte, Schleien und Welse) und 20 Tonnen Karpfen aus der Tschechoslowakei, aus Jugoslawien und aus Polen zur Verfügung stehen. Auch Fogosch aus Ungarn und Zander aus Polen werden vorrätig sein. Ferner sind etwa 500 Tonnen Seefische (Kabeljau-, Seelachs und Schellfische aus Norwegen) nach Wien geliefert worden. Daneben gibt es noch 10 Tonnen Sprotten, Makrelen, Schollen, Rotbarsch und Angler.

Auch der Geflügel-Markt weist eine reiche Beschickung auf. Es sind für die Feiertage 30 Waggons Gänse, 10 Waggons Enten, 15 Waggons Indian, 10 Waggons Poularden und 4 Waggons Suppenhühner vorrätig. Dem zu den Feiertagen zweifellos erhöhten Eierbedarf trägt ebenfalls eine sehr gute Marktbeschickung Rechnung, so daß auch die bisher notierten Preise keine Änderung erfahren dürften.

Bei Schweine-, Rind- und Kalbfleisch ist gleichfalls eine sehr gute Anlieferung zu verzeichnen.

Dem heuer etwas schwächer beschickten Inlands-Obstmarkt wurde durch rechtzeitige Einfuhren ausländischer Äpfel wirksam begegnet. Vor allem sind es die reichlichen Zufuhren der Sorten "Kalterer", "Abbondanza", "Morgenduft" und "Delicious" aus Italien und Griechenland, welche die notwendige Ergänzung des Inlandmarktes brachten und daher keinerlei Mängel aufscheinen lassen. Auch die reichlichen

./.

Importe von Orangen und Mandarinen aus Italien, Spanien und Griechenland stellen bei stabilen und entsprechenden Preisen eine wertvolle Ergänzung des heimischen Obstmarktes dar. Es gibt auch reichlich Bananen.

Die Gemüseaufbringung ist voraussichtlich voll gesichert. Alle zeitbedingten Gemüsesorten sind in ausreichenden Mengen vorhanden. Der zu den Feiertagen zu erwartende Mehrbedarf an Salatgemüsen, wie Rote Rüben, Sellerie, Endiviensalat und Vogerlsalat kann umso mehr befriedigt werden, als Importe von Häuptelsalat aus Italien und Frankreich bereits eingeleitet wurden und zum Teil auch schon eingetroffen sind.

Das Hauptgeschäft auf dem Lebensmittelsektor ist wohl erst in den letzten Tagen vor Weihnachten zu erwarten. Es kann aber heute schon gesagt werden, daß alle Vorkehrungen getroffen worden sind, um den Wienern für die Feiertage einen reichgedeckten Tisch zu sichern.

- - -

Filmdokumente der Stadt Wien

Vorführung am Goldenen Sonntag

18. Dezember (RK) Am 22. Dezember, Goldener Sonntag, werden im Schäffer-Kino, im Flotten-Kino und im Studio I zwischen 9 und 13 Uhr, laufend Filmdokumente der Stadt Wien, es handelt sich durchwegs um Farbfilme, vorgeführt. Eintritt frei.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat
=====Kapitel VI: Bauangelegenheiten

18. Dezember (RK) Heute um 9 Uhr früh wurden die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 1958 mit dem Kapitel VI, Bauangelegenheiten, fortgesetzt. Berichterstatter ist Stadtrat Thaller. Er sagt zu Beginn seines Referates:

Wien hat nicht nur Anschluß an die internationale Welt gefunden, sondern darüber hinaus durch seine universale Atmosphäre jene globale Bedeutung erlangt, die eine "Weltstadt" charakterisiert. Mehr als bisher muß unser Blick in die Zukunft gerichtet werden, wir müssen heute schon die Geleise vorbereiten, in denen diese Entwicklung in dieser und in der nächsten Generation verlaufen kann.

Es ist eine Forderung der Städtebauer und Landesplaner der ganzen Welt, die Stadt, wie sie uns von gestern vererbt ist, und das Land, das diese Stadt umgibt, Zug um Zug umzubauen zu einer naturnahen harmonischen und zweckvoll gegliederten "Stadtlandschaft".

Die historisch so ausgeprägte städtebauliche Struktur Wiens hat durch die sozialen, politischen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Verschiebungen der letzten 40 Jahre Umformungen großen Ausmaßes erfahren.

Nach dem 2. Weltkrieg hat die Stadtplanung durch eingehende Untersuchungen im Rahmen der städtebaulichen "Grundlagenforschung" begonnen, den städtebaulich-strukturellen Zustand objektiv zur erforschen und darzustellen. Eine lange Reihe von Überlegungen macht die vorausschauende Planung unseres Wiener Lebensraumes zu einem immer bedeutsameren Element der öffentlichen Verwaltungsarbeit; wir werden darum der Schaffung eines "Leitplanes Wien", der auf längere Zeit richtungsweisend neuen Erkenntnissen und Bedürfnissen Rechnung tragen kann, unser stärkeres Augenmerk zuwenden müssen. Die allgemeine technische Entwicklung zwingt uns zu radikalen Entschlüssen.

Die rasante Verkehrsentwicklung verlangt neue einschneidende stadtplanliche Überlegungen.

Die auf Grund der Empfehlungen der Straßenverkehrsenquête eingesetzte "Verkehrsplanungskommission" hat ihre Tätigkeit aufgenommen und bisher 4 Sitzungen abgehalten.

Im kommenden Jahr wird sich die Verkehrsplanungskommission vor allem mit dem Problem der Behebung der Parkraumnot in der Innren Stadt und aller erforderlichen Maßnahmen zur Erleichterung des Verkehrs in den Geschäftszentren zu beschäftigen haben.

Die Ausarbeitung eines Generalverkehrsplanes wird nur stufenweise und auf Grund von Gesamtüberlegungen aller beteiligten Faktoren erfolgen können.

Auch die Auswertung der wohnkulturellen Erkenntnisse und Wohnwünsche der Wiener Bevölkerung werden weitere städtebauliche Überlegungen notwendig machen.

In unser Planungskonzept werden wir die künftige Entwicklung der Energieversorgung durch die Wasserkraft, die wachsende Erdgasförderung und den sicherlich kommenden Bau von nuklearen Anlagen im Wiener Raum einbeziehen müssen.

Die Unantastbarkeit der Frei- und Erholungsflächen am Stadtrand ist oberstes Gebot.

Wir haben uns in den 5 Jahren seit der großen Planungsdebatte im November 1952 bemüht, die vom Gemeinderat damals einhellig akklamierten Grundsätze des 8-Punkte-Programmes des sozialen Städtebaues soweit als irgend möglich durch Vorträge, Filme und Publikationen in das Bewußtsein der Wiener Bevölkerung zu bringen, um den Boden für ein modernes soziales städtebauliches Denken aufzulockern.

In der täglichen Praxis stellen sich leider unzählige Schwierigkeiten teils juristischer, politischer, finanzieller und teils personeller Natur diesen Bestrebungen entgegen. Die Bauordnungsnovelle von 1956 und schon in Vorbereitung befindliche weitere Bestimmungen sollen uns bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten helfen.

Mangel an Bauland

Der Mangel an städtebaulich geeignetem noch greifbarem Bauland hat uns gezwungen, eine Reihe ungueter Kompromisse in Kauf zu nehmen. Dies vor allem auf dem Sektor Bauland für Wohngebiete. Ich muß hier auf den alarmierenden Umstand hinweisen, daß die Bodenpreise im Wiener Raum in unerhörtem Maße steigen und eine Bodenspekulation auf breitester Ebene eingesetzt hat. Dieser Tendenz kann auf Dauer nur ein straffes bodenpolitisches Konzept entgegenwirken. Das Profitstreben des einzelnen Bürgers, das sich auf den

Grund und Boden stützt, gehört bestimmt nicht zu den schutzwürdigen staatsbürgerlichen Grundrechten, denn der Boden ist infolge seiner Nichtvermehrbarkeit ein wichtiges Monopol, das unter öffentliche Kontrolle gehört.

Die Not an Bauland macht viele der wichtigsten und besten Planungsabsichten für Wien zur Illusion. Kaum eine Millionenstadt in Europa hat einen solchen Mangel an freier Erde wie Wien. Oft ist nur eine stückweise und splittorweise Bauentwicklung möglich.

Der Mangel eines schnell funktionierenden Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes macht sich immer stärker fühlbar.

Die an sich außerordentlich erfreuliche rege Bautätigkeit der öffentlichen und privaten Hand hat leider eine spekulative Hortung von parzellierten und unparzellierten Baugründen mit sich gebracht. Die Stadt Wien begrüßt daher die vom Bundesministerium für soziale Verwaltung ausgearbeiteten Entwürfe eines Bundesgesetzes über die Enteignung zur Assanierung von Wohngebieten und eines Bundesgesetzes über die Beschaffung von Baugrund für die Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen.

Wenn von bestimmter Seite die Befürchtung geäußert wurde, daß diese Gesetze die Gefahr einer Kollektivisierung von Grund und Boden in sich bergen, so wird dabei offensichtlich überschen, daß die Wiener Bauordnung schon seit vielen Jahren Enteignungsbestimmungen enthält.

Niemand, der einmal Elendsviertel besichtigt hat, wird die Notwendigkeit der Assanierungen bestreiten, mag auch das eine oder andere Objekt innerhalb solcher Viertel an sich erhaltungswürdig sein; im übrigen ist es etwas anderes, solche Häuser einmal im Jahr von außen zu betrachten und dabei in sentimentale Lokalerinnerungen zu verfallen, als in solchen Häusern wohnen zu müssen.

Das neue Assanierungsgesetz ist eine unabdingbare Notwendigkeit geworden.

Sozialer Wohnungsbau auf breiterer Basis

Der soziale Wohnungsbau sollte auf eine noch breitere Basis als bisher gestellt werden. Die Koppelung des kommunalen sozialen Wohnungsbaues mit dem gemeinnütziggenossenschaftlichen sozialen Wohnungsbau wird jenes Bauvolumen zu schaffen in der Lage sein, mit dem die Wohnungsnot endgültig beseitigt werden kann. Wer für seine eigene Wohnung sparen will, soll in jeder Hinsicht gefördert werden.

Dem allen aber geht eines voran: Eine Reihe von Wiener Stadtplanungen können nur in Koordinierung mit dem Lande Niederösterreich durchgeführt werden. Der schon im Vorjahr konstituierte Planungsausschuß Wien - Niederösterreich hat auch in diesem Jahr erfreuliche und fruchtbare Arbeit geleistet.

Wir könnten mit Recht einen angemessenen Bundeszuschuß für die Stadt- und Landesplanung von Wien für ihre Aufgaben als Bundeshauptstadt beanspruchen. Stadtrat Thaller verweist dabei vor allem auf Berlin und auf Brüssel und andere Hauptstädte, wo namhafte Beträge für diese Zwecke durch die staatlichen Faktoren bereitgestellt werden.

Leider aber muß die Stadt Wien oft genug feststellen, daß der Bund ganz bewußt das kommunale Interesse der Bundeshauptstadt vernachlässigt und mißachtet.

Auf dem Gebiete des Wasserschutzbaues stehen für Wien zum Beispiel an Förderungsbeiträgen im Jahr durchschnittlich nur etwa vier Prozent der Mittel, die insgesamt bereitgestellt sind, zur Verfügung. Ein typisches Beispiel dafür ist auch die Liesingbachregulierung. Von der 24 Kilometer langen Regulierungsstrecke sind bereits mehr als 18 Kilometer fertiggestellt. Die Gesamtkosten betragen 71 Millionen Schilling; bisher wurden an Bundeszuschüssen 18 Millionen Schilling geleistet.

Besonders unerträglich ist der mangelnde Beitragswille des Bundes zu der Ausgestaltung der Wiener Straßen.

Von Jahr zu Jahr werden die Probleme schwieriger, die mit dem stetig anwachsenden Verkehr in Wien zusammenhängen.

Den außerordentlich stark angestiegenen Verkehr soll ein Straßennetz bewältigen, das in seiner Anlage auf den Fahrzeugverkehr der Jahrhundertwende abgestellt war.

Schon seit Jahren ist die Stadtverwaltung daher bemüht, die Verkehrssituation an besonders kritischen Verkehrspunkten zu verbessern.

Weiters wurden sehr namhafte Mittel für den neuzeitlichen Ausbau von wichtigen Straßen aufgewendet.

In Wien nur 0.18 Prozent Bundesstraßen

Gemäß Artikel 10, Abs.1, Ziffer 9, des Bundesverfassungsgesetzes sind "Bundessache in Gesetzgebung und Vollziehung" auch die "Angelegenheiten der wegen ihrer Bedeutung für den Durchzugsverkehr durch Bundesgesetz als Bundesstraße erklärten Straßenzüge".

Wie sieht das aber in der Praxis aus? Während in den übrigen Bundesländern 3.000 km Straßen vom Bund erhalten werden, gibt es im Bundesland Wien nicht mehr als 15 km Bundesstraßen.

Es besteht die Groteske, daß alle an den alten Stadtgrenzen einmündenden Bundesstraßen an diesen Stellen ihre Bedeutung als "Durchzugsstraßen" plötzlich verlieren und auf einmal nur mehr als "minder wichtige Gemeindestraßen" weiterführen, um dann an der anderen Stadtgrenze wieder bundeswichtige Durchzugsstraßen zu werden.

Die Forderung der Bundeshauptstadt, daß der Bund die wichtigen Straßenverbindungen der am Stadtrand einmündenden Bundesstraßen untereinander sowie eine geeignete Ringverbindung dieser Strassenzüge zu Bundesstraßen erklärt, ist wohlbegründet. Auf diese Weise wären rund 85 km bestehender Straßen in Wien zu Bundesstraßen zu erklären und rund 41 km neu zu errichten. Die insgesamt rund 126 km Bundesstraßen im Wiener Gemeindebereich würden sodann 1.46 Prozent des gesamten Bundesstraßennetzes gegenüber derzeit 0.18 Prozent umfassen.

Und noch eines. Wie lange hat es gedauert, bis der Bund sich bereit erklärt hat, für seine Hauptstadt die direkte Westeinfahrt der Autobahn zu schaffen. Allerdings hält er noch immer an dem gleichzeitigen Ausbau der Südtrasse über Heiligenkreuz fest. Und für den Bund hört die Autobahn an der Stadtgrenze überhaupt auf.

Auch die Verbesserung der schienengleichen und schienenfreien Eisenbahnkreuzungen im Stadtbereich ist notwendig. Es gibt in Wien 112 schienengleiche und 200 schienenfreie Kreuzungen.

Bevölkerung muß Fragen der Stadtplanung kennen

Der Planung wird wachsende Bedeutung zukommen. Wir müssen die Fragen der Stadtplanung den weitesten Kreisen der Wiener Bevölkerung verständlich machen, damit das Leitbild des "Wien von morgen" den Bewohnern dieser Stadt klar bewußt werde.

Der Berichterstatter gibt dann eine Zusammenfassung der Tätigkeit der Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten: Die Stadtbaudirektion hat eine Wanderausstellung "Wien und sein Umland" eingerichtet, die mit lebhaftem Interesse bereits in 21 Bezirken gezeigt wurde. Sie wurde auch auf der Interbau-Ausstellung in Berlin zur Diskussion gestellt.

Es wurden Fachbroschüren und Kurzinformationen über Wien in drei Sprachen verfaßt und Filmdokumente, welche die Probleme unserer Stadt in mustergültiger Weise veranschaulichen, hergestellt.

Auch das Bild- und Filmdokumentenarchiv der Stadtbaudirektion wurde ausgebaut. Viele internationale Fachexperten, Delegationen, Politiker und prominente Persönlichkeiten, die im heurigen Jahr nach Wien kamen, wurden betreut. An allen markanten Punkten der Stadt werden in Hinkunft Vitruinen aufgestellt werden, die unter dem Motto "Stadtplanung geht alle an" Aufschluß über die beabsichtigten Projekte und Arbeiten der Stadt geben sollen.

Der neue Stadtplaner

Die praktische Arbeit der Landes- und Stadtplanung schafft die Grundlage für alle neuen Projekte im Raum unserer Stadt. Wir halten diesen Aufgabenbereich für so eminent wichtig und verantwortungsvoll, daß wir den zu besetzenden Posten des Stadtplaners öffentlich ausgeschrieben haben, um eine Persönlichkeit zu finden, die alle Voraussetzungen für diese Berufung erfüllen kann. Es genügt nicht, das Wien von morgen nach einem Schema am Reißbrett zu planen. Der neue Stadtplaner muß etwas mitbringen, was nicht im Dienstvertrag enthalten sein wird, aber unerläßliche Notwendigkeit bedeutet: nämlich die Liebe zu unserer Stadt und den Sinn für die Vereinigung stadtgeschichtlicher Tradition mit den unerläßlichen Aufgaben von morgen (Beifall SPÖ).

Um diese Persönlichkeit nicht mit den Geschäften der laufenden Regulierungsarbeiten zu belasten, werden die Agenden der Magistratsabteilung 18 in zwei Gruppen geteilt werden.

Die Planungsabteilung hat im laufenden Jahr die Strukturpläne für das Wohnbauprogramm 1958/59 ausgearbeitet und für 15 Teilgebiete fertiggestellt. Als wichtigste Arbeit für das nächste Jahr wird die Neufestsetzung der Bauklassen im ganzen Stadtgebiet fortgesetzt werden.

Im Rahmen des Wohnbauprogrammes 1957 waren 99 Privatarchitekten und vier Amtsarchitekten mit der Planung von 57 Bauprojekten befaßt, die zusammen 5.158 Wohnungen vorsahen.

Auch für das Wohnbauprogramm 1958 sind 158 Privatarchitekten und vier Amtsarchitekten mit der Planung von 72 Bauprojekten, die 5.904 Wohnungen ergeben, betraut worden.

Freischaffende Architekten werden auch für die Planungen von Nutzbauten verschiedener Art zur Mitarbeit herangezogen.

Für die künstlerische Ausschmückung unserer Bauwerke wurden 102 Bildhauer und Maler herangezogen, die 110 künstlerische Arbeiten ausführten.

Wohnungen werden größer

Im Wohnbauprogramm kommen seit dem Sommer ds.J. neue Wohnungstypen zur Anwendung, die auf Grund eines im Vorjahr durchgeführten Wettbewerbes von der Architekturabteilung entwickelt wurden. Als wichtigster Unterschied gegenüber den alten Typen hat sich der Wohnungsdurchschnitt um rund 5 Quadratmeter vergrößert.

Es ist uns gelungen, die äußere Erscheinung der städtischen Neubauten durch die Verwendung der modernen wasserabstoßenden Dispersionsfarben zu beleben und freundlicher zu gestalten.

Bei der Verbauung größerer Grundflächen wird die Verbauung mehr differenziert. Es werden neben normal hohen auch niedrigere Objekte und an markanten Punkten Dominanten in Form von Punkt- oder Sternhäusern geschaffen. Unsere Typengrundrisse im sozialen Wohnungsbau können alle Vergleiche mit dem Ausland aushalten (Beifall bei der SPÖ).

Mit der Errichtung von Heimstätten für alten Menschen haben wir ein großes Experiment der Stadtverwaltung erfolgreich fortgeführt. Diese typische Wiener Einrichtung ist unser Stolz, dient dem Ausland als Vorbild und wird von den Fachleuten aus aller Welt bewundert.

Im Vorjahr wurde auf 1.664 Baustellen der Gemeinde ein Höchststand von 16.326 Beschäftigten registriert, während heuer auf 1.591 Baustellen sich ein Beschäftigtenhöchststand von 16.424 Arbeitern ergeben hat.

Geheizte Winterbaustellen

Die Stadt Wien bemüht sich auf ihren Baustellen auch während der Wintermonate durch bautechnische und organisatorische Maßnahmen die Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, daß die Bauarbeiten auch im Winter vom Wetter unabhängig weitergeführt werden können. Die gesammelten Erfahrungen mit den Thermobloc-Heizgeräten waren so zufriedenstellend, daß wir auch im kommenden Winter wieder 40 große und 10 kleine ölgefeuerte Geräte sowie 30 Gaswarmluftgeräte auf unseren Baustellen verwenden.

Ferner werden im heurigen Winter auf fünf Baustellen "Winterbauhallen" in Funktion treten.

Diese Maßnahmen zielen auch darauf hin, die schädlichen Auswirkungen des Überangebotes in den Sommermonaten im Baugewerbe möglichst einzudämmen.

Im laufenden Jahr haben wir insgesamt 1,320.000 Tonnen Baustoffe beschafft. Mit dieser ungeheuren Menge könnte man 132.000 Waggon zu je zehn Tonnen beladen, und dieser gigantische Eisenbahnzug würde die Strecke Wien - Rom ausfüllen. 230 Millionen Schilling beträgt die Rechnungssumme für diese Menge.

Die Abteilung Nutzbauten wurde mit großen Bauvorhaben bis zum äußersten ihrer Kapazität ausgelastet. Das Museum der Stadt Wien wird bis Februar baulich fertig sein.

Bei der Wiener Stadthalle, dem augenblicklich größten Bauvorhaben der Gemeindeverwaltung, wurde der erste Bauteil bereits 1956 fertiggestellt. Vom zweiten Bauteil sind die Gymnastikhalle und die Rudertrainingshalle in Betrieb; Ballspielhalle und die Sportkegelbahnen werden bald fertiggestellt sein, ebenso die Eishalle, das Restaurant und die Verwaltungsräume. Der dritte Bauteil wird Ende Mai abgeschlossen werden, mit Ausnahme der Radrennbahn, die erst nach den Festwochen 1958 fertig werden wird.

Die Aufstockungsarbeiten im Wiener Stadion werden programmgemäß weitergeführt. Die Nachtbeleuchtungsanlage des Stadions wurde verstärkt. Im Stadionbad ist das dritte Badebecken fertiggestellt und das Kinderplanschbecken verlegt worden. Der Einbau der Wellenbadmaschine und die notwendigen Gartenarbeiten sind für das nächste Jahr vorgesehen.

Im laufenden und im kommenden Jahr sind und werden wichtige Schulbauten beendet und begonnen. Der wichtigste Bau wird die Schule für Körperbehinderte auf den Gründen des ehemaligen Czartoryski-Schlössels in Währing sein. In der Schloßberggasse in Hietzing ist der Bau des zweiten Jugendgästehauses so weit fortgeschritten, daß mit der Fertigstellung der Anlage im Sommer 1958 zu rechnen ist. Auch der Bau von Kindergärten und Horten wird ständig weiter betrieben.

Die Arbeiten für das Sommerbad Laaer Berg sind planmäßig ange laufen. Im kommenden Jahr wird die Anlage im Rohbau fertiggestellt und auch die Badebecken ausgeführt sein, sodaß voraussichtlich im Sommer 1959 die gesamte Anlage in Betrieb genommen werden kann.

Verschiedene Instandsetzungsarbeiten wurden in der Großmarkthalle, auf einigen Märkten und in den Schlachthöfen durchgeführt.

Beim Wiederaufbau der Feuerwache Döbling ist der 1. Bauteil bereits bis auf einige Professionistenarbeiten im Inneren fertiggestellt.

Die Planungsarbeiten zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, das auf dem noch unverbauten Gelände zwischen Lazarettgasse und Währinger Gürtel errichtet werden soll, gehen weiter. Im kommenden Jahr wird ein Ideen-Wettbewerb ausgeschrieben werden können. Wären die Ansichten über die notwendige Anzahl der klinischen Betten zwischen den zuständigen Stellen des Bundes nicht so arg divergent und die Auffassungen über den Umfang der Planungen einheitlicher gewesen, könnten wir schon viel weiter sein. Jedenfalls liegen die Verzögerungen nicht auf Seite der Gemeinde.

Für den kommunalen, sozialen Wohnungsbau sind im kommenden Geschäftsjahr im Budget 502 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag ist einerseits die bezugsreife Fertigstellung von ungefähr 5.500 Wohnungen gesichert, andererseits die Fortführung von weiteren 5.300 bereits im Bau befindlicher Wohnungen garantiert. Der Bau von 4.000 neuen Wohnungen kann in Angriff genommen werden (Beifall bei der SPÖ).

Im Jahre 1957 wurden auch aus den Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds rund 18,5 Millionen Schilling verbaut. Mit diesem Betrag konnten 459 Wohnungen fertiggestellt werden. 253 Wohnungen befinden sich noch im Bau. Im Jahre 1957 wurde von der Gemeinde Wien um Wiederaufbaudarlehen in der Höhe von rund 27,8 Millionen Schilling für die Errichtung von 226 Wohnungen neu angesucht. Mit Hilfe von Darlehen aus den Mitteln der Wohnbauförderung sind bis Jahresschluß 1957 1.611 Wohnungen in Bau, hievon wurden 1.327 Wohnungen 1955 und 1956 begonnen. 330 Wohnungen sind im laufenden Geschäftsjahr fertiggestellt worden.

Moderne Waschküchen in älteren Gemeindebauten

Die Gemeindeverwaltung hat auch mit der Modernisierung der Waschküchen in den älteren städtischen Häusern begonnen. Auf Grund von Erfahrungen, die bei Umbauten in 42 Waschküchen gesammelt wurden, wurde das eigentliche Programm begonnen, das die Modernisierung von 309 Waschküchen umfaßt.

Der für die Durchführung von Sofortmaßnahmen und Ersatzausführungen für das Jahr 1957 bewilligte Kredit von 4 Millionen Schilling wird bis zum Abschluß des Rechnungsjahres aufgebraucht sein. Im Voranschlag für das Geschäftsjahr 1958 sind für diese Zwecke wieder 4 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Magistratsabteilung für Gebäudeerhaltung hat für die Instandsetzung fast aller Objekte der Hoheitsverwaltung zu sorgen. Denkmäler und Gedenkplatten müssen laufend erhalten und gereinigt werden, Ehrengräber gepflegt, Sport- und Spielplätze umgestaltet und betreut und Schulen, Lehrlingsheime, die Kinderübernahmestelle, Horte, Tageserholungsstätten, Altersheime, Amtshäuser, Herbergen und Flüchtlingslager laufend erhalten und adaptiert werden. Bedeutende Modernisierungs- und Umbauarbeiten mußten auch in den verschiedenen Krankenhäusern geleistet werden.

In der Feuerwehrezentrale und in weiteren 4 Feuerwachen wurden Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten vollendet und dadurch bauliche Rückstände behoben.

Im Krankenhaus Lainz sind bedeutende Arbeiten beendet worden.

Die Gemeindeverwaltung muß aber auch die modernen Belange des Fremdenverkehrs berücksichtigen. Es wurde daher in Atzgersdorf der Campingplatz Wien-Süd errichtet. Die Fertigstellung wird im kommenden Jahr abgeschlossen.

Die Besucher des Lainzer Tiergartens werden im nächsten Jahr ein neugebautes und modern eingerichtetes Rasthaus beim "Hirschengstamm" vorfinden. Das alte durch Kriegseinwirkung beschädigte Gasthaus ist bereits abgetragen worden. Ebenso werden die Arbeiten des Umbaus im Schloß Tribuswinkel, das ein Kindererholungsheim werden soll, im kommenden Jahr beendet sein.

Groß waren auch die Erhaltungs- und Erneuerungsarbeiten an den Gas-, Wasser- und Elektroinstallationen, die mit einem Kostenaufwand von 70 Millionen Schilling durchgeführt wurden.

250 km Fahrbahn und 180 km Gehsteige instandgesetzt

Den Straßenbau sind große Aufgaben gestellt. Im Jahre 1957 konnten für die Wiener Straßenbauten 142 Millionen Schilling ausgelegt werden. 2 Millionen Quadratmeter Fahrbahnen und 440.000 Quadratmeter Gehsteige wurden instandgesetzt und verbessert, das entspricht 250 km an Fahrbahnen und 180 km an Gehsteigen. An 60

verschiedenen Stellen im engeren Stadtgebiet wurden größere Umbauten vorgenommen.

An der Spitze der großen Bauvorhaben, die im nächsten Jahr begonnen werden, steht die Neugestaltung des Südtiroler Platzes mit dem anschließenden Umbau des Gürtels zwischen Argentinierstraße und Radekgasse sowie eines Stückes der Favoritenstraße und der Laxenburger Straße. Große Aufmerksamkeit wird auch der Neuplanung der großen Umsteigpunkte, wie der Philadephiabrücke, der Lobkowitzbrücke und der Hietzinger Brücke, erfordern. Eine bestehende Lösung ist den Planern des Projektes für den Umbau der Ringturmkreuzung gelungen. Das bereits im Bau befindliche Objekt erspart alle kostspieligen Fußgängertunnels. Der Praterstern ist, soweit es auf die Gemeindeverwaltung ankommt, fertig.

Wegen des Fehlens finanzieller Mittel ist der Ausbau der Schnellbahntrasse Meidling - Hauptzollamt - Floridsdorf nur in sehr geringen Ansätzen erfolgt. Die Gemeindeverwaltung ist aber an einer baldigen Fertigstellung der Schnellbahn sehr interessiert, da diese sicherlich eine fühlbare Entlastung der Verkehrssituation in Wien mit sich bringen würde. Auf dem Gebiet des Verkehrs ist eine der drängendsten Fragen das Parkgaragenproblem. Es kann jedoch nicht Aufgabe der Stadtverwaltung sein, für die Unterbringung von privaten Kraftfahrzeugen zu sorgen; dafür muß sich die private Initiative einschalten. Die Gemeindeverwaltung wird natürlich alle diesbezüglichen Bestrebungen fördern. Befriedigend war das Ergebnis der Befragungsaktion der Kraftfahrer. Die Auswertung ist im Gange. Im Interesse der Leistungsfähigkeit der Wiener Straßen wird es nicht vermeidbar sein, generelle Parkverbote auf Hauptstraßen einzuführen. Ebenso wird sich das tageweise wechselseitige Parken als unbedingt notwendig erweisen. Wie sich überhaupt die Autofahrer an viel mehr Disziplin im Fahren wie im Parken werden gewöhnen müssen, so wie es in anderen Großstädten der Fall ist. Neue Verkehrsmittel, wie Unterflurstraßenbahn, Alweg-Bahn, U-Bahn und Gurtförderbahn werden im Interesse der beweglichen Anpassung an das Verkehrsgeschehen studiert werden.

Vor dem Ausbau des Wiener Hafens müssen noch tiefschürfende wirtschaftspolitische Untersuchungen angestellt werden, die bereits im Gange sind. Im kommenden Jahr werden in den Häfen Freudenau, Lobau und Albern große Arbeiten durchgeführt werden. Der Bau der großen Straßenbrücke, die die Häfen Freudenau und Albern verbindet, wird voraussichtlich 1958 fertig sein. Die Neubachbrücke in Albern, die Marenabrücke über die Liesing und der Personentunnel unter der Ostbahn im Zuge der Erzherzog Karl-Straße in Stadlau wurden heuer der Benützung übergeben. Für die Erhaltung, bezw. Wiederherstellung und für Neubauten im Brücken- und Wasserbau sind im Budget 1958 rund 72 Millionen vorgesehen, das ist um 16 Millionen Schilling mehr als heuer eingesetzt war. Mit dem Ausbau des Hafens eng verbunden ist auch die Ausgestaltung weiterer Strecken der Donaulände.

Alte Donau als Erholungsgebiet

Aber nicht nur die Donaulände soll entrümpelt und in weltstädtischer Manier ausgestaltet werden; der gesamte Donaukanal und die gesamte Alte Donau stecken inmitten ihrer Sanierung.

Die Alte Donau hat besondere Bedeutung als Erholungsgebiet für die Wiener. In einigen Jahren wird sie zu einem Wassererholungsgebiet ausgebaut sein, um das uns sehr viele Großstädte beneiden werden.

Auch den Gartenanlagen in unserem Stadtgebiet gilt die besondere Obsorge. Es sind rund 12.4 Millionen Quadratmeter Gartenflächen zu erhalten, gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von rund 100.000 Quadratmetern. 2.550 Alleebäume wurden neu angepflanzt und nahezu 500 neue Gartenbänke zusätzlich aufgestellt. Im 7. Bezirk wurde der Josef Strauß-Park umgestaltet und im kommenden Jahr wird man vom neugestalteten Aussichtsplatz am Kahlenberg unser Wien bewundern können. Im 17. Bezirk in der Lidlgasse entsteht eine neue moderne Gartenanlage. Der Wertheimsteinpark wird im kommenden Jahr erweitert und ein "Blindengarten" geschaffen werden. Für diese Anlage ist ein Ideen-Wettbewerb ausgeschrieben. Bis Mitte Februar sind die Entwürfe abzugeben. Für die besten Vorschläge sowie für den Ankauf einzelner Entwürfe sind Preise im Werte von 40.000 Schilling vorgesehen.

Der neue Reservegarten in Hirschstetten ist die modernste kommunale Anlage auf diesem Gebiet in Europa. Im nächsten Jahr wird das Personalwohngebäude, das Palmenhaus, der Werkstättenhof, die Glashaus-Blockanlage fast fertiggestellt sein. Die Wiener Gärten zählen zu den Sehenswürdigkeiten unserer Stadt und werden immer noch schöner werden.

Abschließend stellt Stadtrat Thaller fest, daß zwei große Generallinien das Arbeitsprogramm beeinflussen. Es ist dies bei den laufenden Arbeiten der große Mangel an Facharbeitern, die allgemeinen Preissteigerungen und die wachsende Bodennot und darüber hinaus die Bestrebungen für die Planung für morgen, die sich immer stärker entwickeln müssen. Man werde jedoch bestrebt sein, die Planungsgrundlage Wiens auf eine zeitgemäß international äquivalente Ebene zu stellen, die der Weltstadt Wien entspricht.

Stadtrat Thaller dankte sodann noch allen in seiner Gruppe Beschäftigten, für ihre unermüdliche, pflichteifrige und aufopfernde Arbeit. Besonderer Dank gebührt dem dahingeshiedenen Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Hosnedl, aber auch seinem Nachfolger Baudirektor Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Pecht. Das neue Jahr möge wieder ein Jahr der produktiven Arbeit und des Fortschrittes sein. Viele Probleme harren der Lösung. Diese werden aber nicht in provozierenden, unsachlichen, politisch orientierten und unrichtigen Darstellungen einiger dafür augenscheinlich besonders prädestinierter Organe gelöst, sondern vom Ideenreichtum unserer Architekten und Ingenieure, vom Fleiß unserer Arbeiter und vom Verantwortungsbewußtsein und Organisationsvermögen unserer Beamten. Der Bevölkerung unserer Stadt kann man heute nichts mehr einreden. Sie sieht selbst, welche Leistungen die Gemeindeverwaltung in jedem Bezirk bewältigt hat und schätzt sie richtig ein.

Wir werden auch im kommenden Jahr unbeirrt auf den vorgezeichneten Wegen dem Ziel entgegengehen. Dieses Ziel aber heißt: ein noch schöneres und moderneres Wien in dem zufriedene und glückliche Menschen leben! (Allgemeiner Beifall.)

Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke werden morgen eingebracht
=====

18. Dezember (RK) Morgen, Donnerstag, den 19. Dezember, wird nach Vorberatung und Beschlußfassung des Gemeinderatsausschusses für die Städtischen Unternehmungen der Amtsführende Stadtrat für diese Geschäftsgruppe, Dkfm. Nathschläger, in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates mit dem Finanzausschuß die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses der Stadt Wien und der Gewista für das Jahr 1958 einbringen. Diese Wirtschaftspläne werden nach Abschluß der Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der elf Geschäftsgruppen der Hoheitsverwaltung - das wird voraussichtlich am Freitag dieser Woche sein - im Gemeinderat behandelt werden.

- - -

Pferdemarkt vom 17. Dezember
=====

18. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 371 Pferde, davon 35 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 349, als Nutztiere 7 verkauft, unverkauft blieben 15 Pferde.

Preise: Fohlen 11.20 bis 12.80 S, Extremware 9.50 bis 11.60 S, 1. Qualität 6.50 bis 8.20 S, 2. Qualität 5.90 bis 6.40 S, 3. Qualität 5.- bis 5.80 S.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 174, Oberösterreich 72, Burgenland 41, Steiermark 38, Kärnten 32, Tirol 7, Salzburg 9.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Pferden um 9 g und bei Fohlen um 18 g/kg. Er beträgt: Pferde 6.24 S, Fohlen 12.10 S/kg.

- - -

Die Debatte über das Kapitel Bauangelegenheiten
=====

Als erster Debatteredner zum Kapitel Bauangelegenheiten ergreift das Wort GR. Maller (VO), der einleitend daran erinnert, daß mit dem Beginn des sozialen Wohnhausbaues nach dem ersten Weltkrieg in Wien ein neuer Abschnitt der Wohnkultur begonnen hat. Es war auch der Beginn des Endes des Bettgebertums und der Tuberkulose als Volksseuche. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen nimmt er gegen das Verlangen der ÖVP Stellung, für Gemeindefwohnungen Baukostenzuschüsse zu verlangen und meint, dies könne ausschließlich nur dort geschehen, wo auf kommerzieller Basis gebaut wird. Er setzt sich dann für die Interessen der Bombengeschädigten ein und stellt fest, daß viele unter den Ausgebombten ihre Baukostenbeiträge nicht auftreiben konnten und daß dann der ihnen zustehende Wohnraum an zahlungskräftige Personen übergegangen ist. In einem Resolutionsantrag verlangt er, der Gemeinde Wien solle der Wiener Anteil für den Aufbau kriegszerstörter Wohnungen direkt übertragen, und dieser dann für die Errichtung von Wohnungen für Ausgebombte verwendet werden. Desgleichen verlangt er, daß die Gemeinde Wien auch die ihr zustehenden Mittel für den Sozialen Wohnungsbau vom Bund auf das Entschiedenste verlangen müsse. Er stellt dann einen weiteren Resolutionsantrag, die Gemeinde Wien möge in ihren größten Wohnhausanlagen Klubräume für Jugendliche einrichten, die tagsüber auch als Tagesheimstätten für alte Leute dienen könnten. Im Zusammenhang regte er den Einbau von verschiedenen Einstellräumen auch in älteren Gemeindebauten an.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen verlangt er gesetzliche Bestimmungen gegen die Grundstückspekulation und stellt fest, daß in vielen Fällen die Bodenbenützer ihren Besitz ausschließlich zu eigenen Vorteilen und gegen die Interessen der Öffentlichkeit ausnützen. Er bemängelt, daß sich die Gemeinde Wien zum Nachteil einer schnelleren Bauführung der Anwendung von vorfabrizierten Bauelementen widersetze. Der Redner stellt fest, daß lediglich die Gemeinde Wien für die Modernisierung der Altfwohnungen Verständnis aufbringt und wünscht, daß sie sich noch mehr für die Förderung des genossenschaftlichen Wohnbaues und des

Siedlungsbaues einsetze. Er verlangt ferner ein modernes Konzept der Stadtplanung, das vor allem eine großstädtische Entwicklung der Außenbezirke Floridsdorf, Donaustadt und Liesing ermöglichen würde. Bei der Planung von großen Wohnhausanlagen müßten auch rechtzeitig für die Lösung der Verkehrsprobleme Entscheidungen getroffen werden. Er verlangt, die Stadt Wien möge den Siedlungswilligen Siedlungsgebiete bereitstellen und Gesetze zum Schutz der Kleingärtner und Siedler erlassen. Er kommt auf die gegenwärtigen Verkehrsprobleme zu sprechen und verweist auf die Verpflichtung des Bundes, zur Sanierung der Verkehrsanlagen Wiens beizutragen. Er stellt dann Resolutionsanträge, in denen die Lösung der Verkehrsprobleme auf der Philadelphiabrücke, Lobkowitzbrücke und Hietzinger Brücke angeregt wird, ferner Anträge zur Beseitigung der Verkehrsenge in der Dornbacher Straße, zur Erweiterung der Fahrbahn in der Erzherzog Karl-Straße und zur Errichtung einer Straßenerweiterung bei der Ostbahn. Weitere Resolutionsanträge betreffen die Sanierung der Brücke auf dem Weg zur Rohrerhütte in Neuwaldegg sowie die Verbesserung der Straßenverhältnisse in den Gebieten am linken Donauufer.

Abschließend stellt der Redner fest, daß der Zustand der Häfen nicht der Bedeutung Wiens als wichtigen Umschlagort entsprechen und plädiert für einen großzügigen Ausbau.

Dem Stadtgartenamt zollt er sein uningeschränktes Lob für seine mühevollen Arbeit bei der Ausgestaltung der Grünflächen. Seine Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI die Zustimmung geben.

GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP) führt aus, Stadtrat Thaller habe in seinem Referat von einem "Leitplan" gesprochen und das sei auch das Wichtigste bei diesem Kapitel. Die Wirtschaftlichkeit aller Aufwendungen hänge von der richtigen Planung ab. Aber gerade hier ergeben sich viele Ansatzpunkte zur Kritik. Von echter Planung ist in unserer Stadt noch wenig zu spüren. Die Schuld daran liegt nicht an einzelnen Persönlichkeiten, sondern an einem System, das Planung mit Reglementieren verwechselt.

Daß die Planung nicht vorhanden ist, beweist unter anderem die Art, in der ein von der ÖVP im Dezember des vorigen Jahres gestellter Antrag und eine diesbezügliche Anfrage im Mai dieses Jahres beantwortet wurden. In der Beantwortung mußte praktisch zugestanden

werden, daß die Stadtverwaltung nicht imstande ist, solche Fragen auch nur zu erörtern.

Der Redner begrüßt, daß nun ein neuer Stadtplaner gesucht wird, bemängelt jedoch die Art der Ausschreibung. Er stellt außerdem einen Antrag, einen Bericht des ausgeschiedenen Stadtplaners zu publizieren und dem Gemeinderat vorzulegen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen befaßt sich DDr. Prutschar mit den verschiedenen Planungsproblemen. Er bezeichnet die Strukturplanung als wesentliche Voraussetzung für die Lebensfähigkeit unserer Stadt in der Zukunft. Auch das Problem der Tochterstädte gehöre dazu. Als Beispiele für mangelnde Planung führt der Redner den Bau von Hochhäusern im ohnehin schon dicht verbauten Stadtgebiet an. Es zeigt sich immer wieder, daß man echte Planung mit der Durchführung von Detailfragen verwechselt.

Was die Art der Verbauung anlangt, so kennt man in Wien bisher nur das Großwohnhaus statt der familiengerechten Wohnung im Grünen. Überhaupt dürfe man nicht vergessen, daß der kommunale Wohnungsbau nur einen Teil des sozialen Wohnungsbaues darstellt.

Auf eine gefährliche Entwicklung macht der Redner aufmerksam, nämlich, daß sich Industrie und Gewerbe aus Wien zurückziehen beginnen und in Gegenden abwandern, wo Grund und Boden billiger sind. Wenn aber die Betriebe Wien verlassen, dann hört sich auch die Zuwanderung auf und das Geburtendefizit wirkt sich stärker aus. Außerdem müsse man den Ausfall an Gewerbesteuer bedenken.

Wohnung und Beruf werden durch den Verkehr miteinander verbunden. Ist er schlecht geplant, so sitzt man stundenlang in der Straßenbahn oder anderen Verkehrsmitteln. Eine Umfrage bei den Wienern würde ergeben, daß schlecht geplant ist. Die letzte großzügige Verkehrsplanung erfolgte zu einer Zeit, als der Gürtel gebaut wurde. Der Redner urgiert auch nachdrücklich den bei der Verkehrsenquete geforderten General-Verkehrsplan und weist auf die Notwendigkeit einer zweiten Verkehrsebene hin.

Abschließend sagt GR. Dr. Prutscher, wenn er hier einige Kritik vorgebracht hat, so will er damit keineswegs gesagt haben, daß in den Fragen Wohnung, Beruf und Verkehr nichts Erfreuliches geschieht. Es soll nicht heißen, daß nicht Leistungen unserer Verwaltung vorliegen, die anerkannt werden müssen. Er sei auch überzeugt, daß jeder vom Stadtrat bis zum kleinsten Beamten bemüht ist, etwas zu leisten. Aber der fehlende Zusammenhang einzelner Projekte nimmt so vieler gut gemeinter Arbeit ihre Wirkung. Es muß die Aufgabe des kommenden Jahres sein, die Richtlinien und die Grundlagen zu schaffen, die unsere Arbeit fruchtbarer machen als bisher (Beifall bei der ÖVP).

GR. Helene Potetz (SPÖ) stellt mit Befriedigung fest, daß durch den sozialen Wohnungsbau die Zustände auf dem Wohnungssektor wesentlich gebessert werden konnten. Eine vollkommene Befriedigung konnte durch die ungeheuren Bausünden während der Gründerzeit leider noch nicht erreicht werden. Auch innerhalb des Wohnbauprogrammes der Gemeindeverwaltung zeigt sich ein bedeutender Fortschritt. So soll jede Wohnung einen Abstellraum erhalten und im Vorzimmer eine Nische für einen Kasten. In den Kochnischen wird Platz für die Unterbringung eines Eiskastens gelassen. Die Rednerin richtet an die Architekten und Baumeister die dringende Bitte, durch entsprechende Planung der Wohnungen noch verschiedene Verbesserungen zu erreichen.

Die Absiedlung von Kleingewerbebetrieben und kleinen Industrien kann nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. Die Stadtverwaltung hat aber auch hier bereits einen bedeutenden Schritt zur Lösung dieses Problems unternommen. Der Versuch der Errichtung eines Werkstättenhofes in Erdberg hat sich sehr bewährt. Größere Betriebe müßten allerdings weiter an den Stadtrand verlegt werden. Die Gemeinde Wien hat während des Krieges ein 120 Hektar großes Industriegelände in Liesing gewidmet. Dieses Gebiet wird leider nicht voll ausgenützt. Es wäre Aufgabe der Gemeinde Wien dort möglichst viel Grund zu erwerben, um diesen den gewerblichen Absiedlern zur Verfügung stellen zu können. Auf diesem Gebiet werden noch gewaltige Ausgaben erwachsen.

Groß ist der Unterschied der Bauweise der Gegenwart mit der der Vergangenheit auch in der Verbauungsdichte, die heute ungleich großzügiger ist als in vergangenen Jahren. Sehr konservativ ist der Wiener bezüglich seiner Wohnwünsche. So hat eine Rundfrage in Wien ergeben, daß 45 Prozent der Befragten innerhalb des Gürtels wohnen wollen, 37 Prozent in den Außen- und Randbezirken wenn eine Schnellbahn besteht, und nur 18 Prozent in den Außenbezirken und am Stadtrand ohne Einschränkung. Eine Umfrage in München ergab, daß 84 Prozent am Stadtrand und nur 16 Prozent in der Stadt wohnen wollen. Zur Frage des Wohnhochhausbaues ist zu sagen, daß die Stadtverwaltung hier etwas sparsam in der Vergebung der Baurechtsbewilligungen umgehen sollte. Eine Erweiterung der Stadt stößt auf gewisse Schwierigkeiten, man müßte jedoch auch hier einen Ausweg finden. Dringend erforderlich ist die Bereitstellung des erforderlichen Baulandes für die Bautätigkeit der nächsten Jahre. Dank gebührt auf diesem Gebiet jenen Grundstückbesitzern, die durch ihre Bereitwilligkeit die Assanierung verschiedener Gebiete ermöglichten. Bedeutendes Augenmerk müßte der Assanierung auch am Stadtrand zugewendet werden, so vor allem beim Biberhaufen. Viel erreicht wurde auch auf dem Gebiet des Wald- und Wiesengürtels und der wilden Siedlungen. Leider hat der Verwaltungsgerichtshof durch eine Entscheidung den Ankauf dieser Gründe sehr erschwert, als er das Vorkaufsrecht der Gemeinde Wien im Wald- und Wiesengürtel aufgehoben hat.

Besonders schön sind unsere Parkanlagen und Gärten. Vor allem soll auch die neue Anlage längs des Donaukanales erwähnt werden. In den letzten Jahren haben im Ausland verschiedene Gartenbauausstellungen stattgefunden, die wahre Kulturstätten waren. Auch Wien hätte die Möglichkeit gehabt, 1959 eine solche Gartenbauausstellung in seinen Mauern abzuhalten. Alle Voraussetzungen waren gegeben, aber leider hat der Finanzminister, der ein Drittel der Ausfallhaftung in Höhe von zehn Millionen Schilling hätte übernehmen sollen, sich nur für die Beistellung von fünf Millionen bereiterklärt. Daran ist dieses Vorhaben gescheitert. Wien wurde wieder einmal sabotiert. Leider wird unsere Stadt vom Bund nicht als Bundeshauptstadt, sondern als Feind Nr. 1 behandelt (Beifall bei der SPÖ).

Auch auf dem Sektor des Verkehrs ist viel geschehen. Verkehrsschwierigkeiten gibt es nicht nur in Wien sondern auch in anderen großen Städten der Welt. Die Verkehrsplanungskommission arbeitet fleißig und tüchtig an der Lösung dieses Problem.

Gemeinderätin Potetz erklärt abschließend, daß auf dem Bau-sektor in den letzten Jahren große Leistungen vollbracht worden sind. Der Mann, der an der Spitze dieses Referates steht, ist ein Sozialist wie seine Vorgänger. Er hat vor einigen Jahren ein Acht-Punkte-Programm geschaffen, in dessen Erfüllung schon viele entscheidende Veränderungen in unserer Stadt auf dem Bausektor vor sich gegangen sind. Es gebühre daher Stadtrat Thaller und allen seinen Mitarbeitern der herzlichste Dank für die geleistete Arbeit (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Thaller gibt in seinem Schlußwort der Befriedigung .. über den positiven Verlauf der Debatte zum Ausdruck. Er beantwortet zunächst einige von GR. Maller gestellte Fragen. Vor allem stellt er fest, daß seine Fraktion nach wie vor den Methoden des Wiederaufbaufonds kritisch gegenüber stehe. Was die bemängelte architektonische Planung der städtischen Wohnhäuser betrifft, gibt er zu bedenken, daß im sozialen Wohnungsbau außer vielen anderen Gesichtspunkten auch die Sparsamkeit und die Einhaltung der erwünschten Wohnungstypengroßen berücksichtigt werden müssen. Zum Vorwurf, die Gemeinde Wien könne sich noch immer nicht für vorfabrizierte Bauelemente erwärmen, erklärt er, daß gegenwärtig bei uns immer noch mit Ziegeln am zweckmäßigsten gebaut werden kann. Was die vorgebrachten Wünsche des Debatteredners bezüglich der Bezirke am linken Donauufer anbelangt, verweist Stadtrat Thaller auf die dort bereits bestehenden Wohnhausanlagen und andere Bauwerke. Baukostenüberschreitungen, erklärt er, können nur bei Großbauten außergewöhnlicher Art, wie etwa bei der Wiener Stadthalle vorkommen. Für Wohnungsbauten oder für Verkehrsbauten wurden nachträglich Zuschüsse seit Jahren nicht mehr verlangt.

Stadtrat Thaller beschäftigt sich dann mit einigen kritischen Bemerkungen, die von GR. Dkfm. DDr. Prutscher vorgebracht wurden. Er sagt, daß er dem, was sein Vorredner über die Bedeutung der Planung vorgebracht hatte, beipflichten müsse, ebenso dem, was er über die Art, wie vor kurzem die Stelle des Stadtplaners ausgeschrieben wurde, gesagt hat. Er erklärt, daß die Aufgabe der Inzerate nicht von seiner Geschäftsgruppe veranlaßt wurde. Er nimmt dann Stellung zur Planung der Stadterweiterung und stellt fest, daß die Stadtverwaltung in keinem Fall an der Errichtung von Töchterstädten, die außerhalb der Stadtgrenzen errichtet werden können, interessiert sein könne. Es könne sich nur um Nachbarschaften mit 5.000 bis höchstens 10.000 Einwohnern handeln. Auch der Ansicht, daß jede Zeit so baut, wie sie es versteht, schließt der Berichterstatter sich an. Allerdings führt er einige Beispiele aus der jüngsten Zeit an, wo von den Bauherren der vorhandene Baugrund bis zu 70 Prozent verbaut wurde und erklärt, daß sich die Stadtverwaltung zu einer solchen Bauauffassung niemals bekennen wird.

Abschließend dankt Stadtrat Thaller den Debatterednern für ihre positive Einstellung und für die von ihnen vorgebrachten Anregungen. Es freue ihn, daß der von ihm vor mehreren Jahren geprägte Slogan "Mitdenken, mitsprechen und mitverantworten" jetzt bei allen Mitgliedern des Gemeinderates Anklang gefunden hat.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe VI einstimmig angenommen. Die Anträge der Debatteredner wurden zur weiteren Behandlung dem Magistrat, bzw. dem Gemeinderatsausschuß VI zugewiesen.

- - -

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten
=====

In Vertretung des erkrankten Amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe VII, Lakowitsch (ÖVP), referiert Stadtrat Bauer (ÖVP) über das Kapitel: Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.

Der Berichterstatter beschäftigt sich einleitend mit der Tätigkeit der Plan- und Schriftenkammer und kommt dann zur öffentlichen Beleuchtung.

Immer mehr Licht

Im Jahre 1957 wurde die öffentliche Straßenbeleuchtung in Wien um rund 4.100 Lichtstellen vermehrt. Ende 1957 werden daher rund 72.500 Lichtstellen in ganz Wien in Betrieb sein, und zwar rund 67.650 elektrische und rund 4.850 Gas-Lichtstellen.

Wegen der zahlreichen Umbauten infolge der vielen Straßen, Park- und Wohnhausbauten konnte 1957 nur sehr wenig Gasbeleuchtung eliminiert werden (rund 50 Gaslaternen).

Bei der Verbesserung der Beleuchtung von Hauptstraßen und Kreuzungen wird die Vermehrung der Lichtstellen bis zum Ende des Jahres rund 1.300 betragen.

Zur Verbesserung der Beleuchtung in den Randgebieten wurden im Jahre 1957 rund 1.000 neue Lichtstellen installiert.

Die Umschaltarbeiten von Gleich- auf Drehstrom sind sehr undankbar, weil sie viel Arbeit verursachen (ungefähr 65 Prozent des Neubaues) und von der Bevölkerung nicht bemerkt werden, zumal nach der Umschaltung kaum eine Änderung auffällt. So mußten 1957 an die 3.000 Straßenleuchten im Zuge der EW-Umschaltungen von Gleich- auf Drehstrom umgebaut werden.

Der Entwicklung auf dem Gebiete der Leuchtkörper und der derzeit herrschenden Tendenz der Verwendung von Leuchtstoff- und Gasentladungslampen wird Rechnung getragen, was zu einer stärkeren Erhellung der auszuleuchtenden Flächen führt.

Wenn man bedenkt, daß es 1945 unmittelbar nach Kriegsende überhaupt keine öffentliche Beleuchtung in unserer Stadt gegeben hat, während wir mit Ende dieses Jahres wie schon erwähnt rund 72.500 Lichtstellen in Betrieb haben, so kann man die Leistungen auf diesem Gebiet erst richtig erfassen.

Bau-, Feuer- und Gewerbe Polizei

Zur Baupolizei stellt der Berichterstatter fest, daß sie noch immer nicht in der Lage ist, bei Baubewilligungen die in der Bauordnung für Wien festgesetzten Fristen einzuhalten. Es handelt sich hier nicht um jene Baubewilligungen, deren rechtzeitiges Zustandekommen durch die mangelhafte Beibringung von Unterlagen unmöglich ist, sondern um jene, wo selbst bei Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen die Abteilungen nicht in der Lage sind, die gesetzlichen Fristen einzuhalten. Dies ist im Wesentlichen auf die derzeitigen Personalstände zurückzuführen. Verschiedentliche Versuche, hier eine Neuregelung zu finden, die unter Umständen eine Novellierung der Bauordnung erforderlich machen würde, haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

Von 1.212 Baubewilligungen entfallen 682 auf Neubauten, 361 auf Wiederaufbauten nach totalem Kriegsschaden, 693 auf Zu- und Umbauten und bauliche Herstellungen, 364 auf Instandsetzungen nach Kriegsschäden und 12 auf Sommerhütten.

Die Stadt wird vermessen

Zur Herstellung eines neuen, modernen Stadtplanes (Stadtkarte) wurde ein großes Luftbildauswertegerät angeschafft. Nach eingehender Schulung des Auswertepersonals sind bis jetzt schon etwa 700 Hektar mit Hilfe dieses Gerätes genau vermessen worden. Bis Ende des laufenden Jahres ist noch mit der Auswertung von weiteren 500 Hektar zu rechnen.

Im Zusammenhang mit dem Bau der Stadthalle werden laufend verschiedene Messungen besonderer Präzision für diverse bauliche Maßnahmen durchgeführt.

Für den vorgesehenen Neubau des Allgemeinen Krankenhauses hat die Stadtvermessung umfangreiche Planunterlagen erstellt.

Die gesamte Trasse der im Regulierungsplan vorgesehenen Südrandstraße wurde als Unterlage für allfällige "Lichtlinienbekanntgaben zur Gänze analytisch berechnet.

Die Planung des großen Verkehrsbauwerkes am Südtiroler Platz macht eine Vielzahl sehr genauer vermessungstechnischer Arbeiten und Berechnungen notwendig.

Neugestaltung der Friedhöfe

Mit Beginn des Jahres ist die neue Friedhofsordnung in Kraft getreten. Sie enthält unter anderem auch Bestimmungen über die Schmückung und Ausgestaltung der Gräber. Ebenfalls wurden vom Gemeinderat Richtlinien für die Neugestaltung von Gräbern auf verschiedenen Friedhofserweiterungen und Neuanlagen beschlossen. Leider hat hier in der Bevölkerung noch nicht das nötige Verständnis Platz gegriffen und es wird daher noch vieler Aufklärungen und manch schwieriger Verhandlungen bedürfen, um die Neugestaltung der Friedhofserweiterungen durchzusetzen.

In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres war die Anzahl der Beerdigungsfälle gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1956 um etwa drei Prozent höher.

Der Referent brachte auch das Einfahren von Personenkraftwagen auf dem Wiener Zentralfriedhof zur Sprache. Die einzig gerechte und tragbare Lösung wird die Einrichtung eines Rundverkehrs in diesem Friedhofe selbst sein. Sie muß so beschaffen sein, daß sie die übrigen Besucher weder durch Lärm noch durch Geruch belästigt und ihre Benützung mit geringen Kosten verbunden ist. Es ist klar, daß eine solche Einrichtung nicht von heute auf morgen geschaffen werden kann und wird sich dadurch die Notwendigkeit für eine Übergangslösung ergeben.

3.659 Verkehrszeichen aufgestellt

Die Magistratsabteilung 46 - Technische Verkehrsangelegenheiten - hat auf dem aufsichtsbekördlichen und straßenpolizeilichen Arbeitsgebiet außer ihrer Mitwirkung an den Entwürfen auch die verkehrsmäßige Behandlung vieler Großbaustellen, wie Urban Loritz-Platz, Franz Josefs-Kai und Südtiroler Platz durchgeführt. Die Abteilung hat an den Planungsvorarbeiten im Bereiche Oper - Karlsplatz mitgewirkt.

Zahlreiche Einbahnstraßen und Verkehrsbeschränkungen auf Grund erlassener Kundmachungen sowie das wechselseitige Parkverbot in 14. bis 17. Bezirk wurden gekennzeichnet. Insgesamt wurden zur Regelung des Verkehrs 3.659 Verkehrszeichen und 1.415 Ständer aufgestellt und zahlreiche Fußgängerübergänge angelegt, bzw. erneuert sowie Leitlinien, Parkplatzmarkierungen und sonstige Bodenzeichen angebracht.

Bei der Prüfstelle der Magistratsabteilung 46 wurden bis einschließlich Oktober dieses Jahres 7.268 Kraftfahrzeuge einzelgenehmigt und 1.044 weitere Überprüfungen vorgenommen. In der gleichen Zeit wurden 37.460 Lenkerprüfungen abgenommen.

Hinsichtlich der Errichtung von Verkehrszeichen machen sich zwei widersprechende Tendenzen bemerkbar. Es werden immer wieder, insbesondere von den verschiedenen Bezirksvertretungen Wünsche nach Aufstellung solcher Zeichen vorgebracht. Andererseits ist man bemüht, den schon vorhandenen Mastenwald zu lichten.

Das Parkraumproblem

Von der Tatsache, daß das Parkraumproblem bereits einer dringenden Lösung bedarf, kann sich jeder, der durch die Straßen unserer Stadt geht oder durchfährt persönlich überzeugen. Die Absicht, den Dauerparkern zu Leibe zu rücken, ist zweifelschne notwendig und richtig, vorausgesetzt, daß hierbei die zweckmäßigste und billigste Form gewählt wird. Aber auch sie wird uns den bestehenden Parkraum um nichts vermehren, er wird lediglich mehr Benützern zur Verfügung gestellt werden können.

Auch alle schon bestehenden und noch durchzuführenden Verkehrsbeschränkungen werden wirkungslos bleiben, wenn ihre Durchsetzung nicht mit aller Energie betrieben wird. Was sollen Halteverbote für einen Zweck haben, wenn sie nicht beachtet werden und dieses Nichtbeachten ungestraft bleibt.

Aber alle diese Maßnahmen schaffen uns nicht einen Quadrat-zentimeter mehr an Verkehrsflächen. Dieser Mangel kann auch nicht durch Heranziehung der letzten Reserven im erforderlichen Aus- maße beseitigt werden. Hier wird die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene eben unerlässlich sein.

188.000 Menschen besuchten den Lainzer Tiergarten

Bis Ende Oktober wurden in den Wienerwaldforsten auf einer Fläche von rund 27 Hektar zwei- und mehrjährige Laub- und Nadel- holzpflanzen versetzt und 300 Kilogramm Forstsamen eingebracht.

Der Lainzer Tiergarten wurde in der abgelaufenen Saison von rund 188.000 Personen besucht. Der Besuch weist gegenüber dem Vor- jahr neuerlich eine Zunahme von rund 20.000 Personen auf.

Von der Hermesvilla zum Rohrhaus wurde eine neue Straße an- gelegt.

Der Wildstand im Tiergarten zeigt bis auf Schwarzwild eine Erhöhung und beträgt zur Zeit zirka 55 Stück Damwild, 70 Stück Mufflon, 200 Stück Rehwild und 400 Stück Schwarzwild.

Der Wildstand in der Forstverwaltung Lobau hat sich eben- falls erhöht und beträgt zur Zeit zirka 280 Stück Rehe, 300 Stück Hasen, 700 Stück Fasane und einige Ketten Rebhühner.

Das Hirschgstemmhaus wurde abgerissen und soll durch ein modernes, in den Tiergarten passendes Rasthaus ersetzt werden.

Für die schwierigste Aufgabe des Stadtforstamtes, die Wohl- fahrtsaufforstungen auf dem Laaer Berg, wurden 160.000 Schilling aufgewendet. Diese Aufforstung kann nun im großen und ganzen als abge- schlossen betrachtet werden. Der Erfolg kann als sehr gut be- zeichnet werden.

In den Quellschutzforsten wurden 538.000 Forstpflanzen ver- setzt und damit eine Fläche von rund 68 Hektar neu kultiviert.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Forste der Stadt Wien nicht dem Ertrag, sondern der Wohlfahrt des Landes zu dienen haben.

Daraus ist zu verstehen, daß die Stadt Wien um jeden Quadrat- meter Wald kämpft, daß sie Wälder ankauft - im Jahre 1957 den rund 300 Hektar großen ehemaligen Schwarzenbergbesitz im Bereiche des Wald- und Wiesengürtels - und daß, so schwierig es auch sein mag, Ödflächen aufgeforstet werden.

Am Schlusse seines Berichtes dankte der Referent den Mitgliedern des Ausschusses VII für die Mitarbeit sowie allen Angestellten und Arbeitern.

Die Debatte zum 7. Hauptstück

GR. Kronberger (VO) verlangt, sich mit der Frage des Ausbaues der Lobau, wie überhaupt mit der Ausgestaltung des Ostrandens unserer Stadt in erhöhtem Ausmaß zu beschäftigen. Ein Plan zur Aufforstung des Ostrandens wäre dringend notwendig, denn je länger man mit der Aufforstung zuwartet, umso teurer wird sie kommen. Mit großer Genugtuung hat die Wiener Bevölkerung den Ankauf der Schwarzenberggründe zur Kenntnis genommen und ihre Einbeziehung in den Wald- und Wiesengürtel. Mit dem Kauf allein sei es jedoch nicht abgetan. Die Aufgabe der Stadtverwaltung sei es nun, dort ein schönes Erholungsparadies zu schaffen. Es würde dies mit einem relativ geringen Kostenaufwand möglich sein. Ein Ideen-Wettbewerb müßte hierüber ausgeschrieben werden, über den die Öffentlichkeit diskutieren sollte. Der Redner stellt dazu einen Antrag.

Ein weiterer Antrag verlangt vermehrten Schutz für die Fußgänger im Straßenverkehr, vor allem auf den sogenannten Zebrastrifen. Wenn auch auf dem Gebiet des Verkehrs schon Verschiedenes unternommen wurde, so muß man feststellen, daß dies mehr zugunsten der Autofahrer als der Fußgänger geschehen ist. Es ist gegen den Fahrzeugverkehr sicherlich nichts einzuwenden, doch müsse auch für den Fußgänger gesorgt werden. Der zuständige amtsführende Stadtrat müßte seinen Einfluß geltend machen, damit der Entwurf des Handelsministeriums im Parlament erst eingebracht wird, wenn im Gesetz der Schutz für die Fußgänger verankert ist. Im verstärkten Ausmaß müßten zur Lösung der Verkehrsprobleme auch die Bezirksvertretungen herangezogen werden. Dank und Anerkennung gebühre der Tätigkeit der Wiener Verkehrspolizei, auf deren Wirken es nicht zuletzt zurückzuführen ist, daß die Zahl der jugendlichen Verkehrstoten sinkt. Der Redner tritt sodann für die vermehrte Anbringung von Verkehrsampeln und Lichtsignalen ein. Auch Maßnahmen gegen den nerventötenden Lärm wären dringend notwendig. Es wurden zwar schon Untersuchungen zur Lärmbekämpfung angestellt, doch hat man bis jetzt keine Mitteilungen über die Ergebnisse dieser Kommission erhalten.

Bei der Straßenbeleuchtung ist ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen, doch muß auch hier noch sehr, sehr viel geschehen, nicht nur in Siedlungsgebieten, sondern auch in der Innenstadt. Selbst Ring und Gürtel sind nicht entsprechend beleuchtet. Ein Antrag des Redners verlangt den Ersatz von Gaslaternen durch eine elektrische Straßenbeleuchtung überall dort, wo sie nicht aus Fremdenverkehrsgründen belassen werden sollen. Abschließend stellt GR.Kronberger fest, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Gruppe nicht zustimmen könne, da die negativen Seiten die positiven übersteigen.

GR. Ing.Arch. Lust als Debatteredner der ÖVP verweist auf die Bedeutung der Geschäftsgruppe VII, der im Räderwerk des Bauens eine wichtige Rolle zukommt. Er bemängelt, daß dieser Geschäftsgruppe die so wichtigen Magistratsabteilungen 18 und 19, Stadtplanung und Landesplanung nicht angehören, obwohl sie organisationsmäßig absolut zu dieser Geschäftsgruppe gehören. Er ist der Meinung, daß die beiden Abteilungen ohne Rücksicht auf politische Momente zur Geschäftsgruppe VII umgereiht werden müßten. Er halte eine solche Neuordnung für absolut notwendig, vor allem im Hinblick auf die notwendige Forcierung der Stadt- und Verkehrsplanung. Er appelliert an den Gemeinderat, seinen Vorschlag als Diskussionsgrundlage anzunehmen und einen entsprechenden Beschluß zu fassen.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen verlangt er, man möge sich mit dem Problem des Technikernachwuchses im städtischen Dienst ernsthaft und dringend beschäftigen, ohne dabei finanzielle Opfer zu scheuen. Denn nicht nur bei der Baupolizei, sondern auch bei allen Bauabteilungen finden wir einen geringen Personalstand vor, der ein ordnungsgemäßes Funktionieren des Apparates nicht immer gewährleisten kann. Den vorliegenden Stellenplan für Techniker hält er für absolut unzulänglich und daher reformbedürftig. Die Zeit ist vorüber, sagt er, wo der Techniker im öffentlichen Dienst als zweitrangig betrachtet und gerne als Anhängsel irgend einer verwaltungstechnischen Abteilung betrachtet wurde.

Unter den hohen Anforderungen, die gegenwärtig an die Baupolizei gestellt werden, sei es kein Wunder, daß die Geschäftsabwicklung außerordentlich schleppend vor sich geht und oft den gesetzlichen Vorschriften widerspricht. Er führt dafür einige Beispiele aus der Baupraxis an.

Hinsichtlich der Handhabung der Bauordnung bringt er eine

Reihe von Mißständen vor, die sowohl für die Bauherren wie auch für die planenden Architekten eine empfindliche Belastung darstellen. Desgleichen spricht er sich gegen die zu hohen Stundungszinsen bei der Stundung von Verwaltungsabgaben anlässlich der Erteilung der Baubewilligungen aus.

Dem Redner scheint auch die Frage des baulichen Luftschutzes aktuell, und er meint, man müßte auf diesem Gebiet rechtzeitig und vorsorglich entsprechende Maßnahmen treffen. Als ein weiteres akutes Problem bezeichnet er auch die Frage des Hochhausbaues. Ein Wettbewerb unter Architekten über diesen Fragenkomplex scheint ihm absolut zweckmäßig. Seiner Meinung nach wären Hochhäuser nur dort am Platz, wo es genügend Grünflächen gibt und wo das Landschaftsbild durch sie nicht verunziert wird.

Er bedauert die geringe Dotierung der Magistratsabteilung 20 und bemängelt, daß der Plan- und Schriftenkammer selbst für das Notwendigste zu wenig Geld zur Verfügung gestellt wurde.

Die Magistratsabteilung 40 habe durch ihre preisregulierende Tätigkeit auf die sich leider ausbreitenden Bodenspekulationen hemmend gewirkt, was der Redner begrüßt.

Bei der Friedhofsverwaltung wäre eine vorsorgliche Beschaffung von Gründen für die geplanten Friedhofserweiterungen einzuleiten.

Als sehr erfreulich bezeichnet GR. Ing. Arch. Lust die Entwicklung auf dem Gebiete der öffentlichen Beleuchtung. Er wünscht aber, daß unsere Hauptverkehrsstraßen sehr rasch eine ordentliche und moderne Beleuchtung bekommen, damit sie mit der Steigerung des Verkehrs Schritt halten können. Die Anstrahlung der Baudenkmäler bezeichnet er als eine erfreuliche Maßnahme zur Unterstützung der Fremdenwerbung.

Zum Kapitel städtische Forste rühmt er die vorbildlichen Bemühungen, die von der Stadtverwaltung zur Erhaltung und Aufforstung des Wienerwaldes unternommen werden und richtet im Zusammenhang an die Bevölkerung den Appell, auf die Schonung dieses Luftreservoirs bedacht zu sein.

Den Personalstand bei der Magistratsabteilung 46 (Technische Verkehrsangelegenheiten) bezeichnet er als zu klein. Seiner Meinung nach könne niemanden überraschen, wenn aus diesem Grund diese Abteilung bei der Lösung des Verkehrsproblems nicht so mit-

wirken kann, wie es wünschenswert ist. Durch den Personalmangel wurde sie bei wichtigen Entscheidungen zu einer Statistenrolle degradiert. Er ist der Ansicht, daß die Magistratsabteilung für Straßenbau nicht dazu berufen ist, auch die planende Arbeit für das gesamte Verkehrsproblem durchzuführen, und meint, auch hier wäre eine Koordinierung der Magistratsabteilung 46 und 28 vorteilhaft.

Abschließend stellt er den Antrag, die Erstellung des Generalstadt- und Generalverkehrsplanes ernsthaft in Angriff zu nehmen. Er ist der Meinung, daß nach acht Jahren, in denen die Voraussetzungen zu diesen Plänen studiert wurden, schon ein Gerippe vorhanden sein müßte. Er spricht sich noch für eine Handhabung der Bauordnung aus, die die Gleichheit vor dem Gesetze nicht verletzt. Es gehe nicht an, daß die Gemeinde als Bauherr Sonderrechte für sich in Anspruch nimmt, während der private Bauherr mit Strafen zu rechnen hat. Er plädiert auch für die gleiche Behandlung bei den Flächenwidmungen für den Kirchenbau. Seine Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe VII zustimmen.

GR. Mayr (SPÖ) bemängelt bei der öffentlichen Beleuchtung, daß die Triester Straße so schlechtes Licht hat. Der Lamponabstand beträgt bis zu 250 Meter. Er meint jedoch, wenn bei der öffentlichen Beleuchtung nicht alle Wünsche der Bevölkerung erfüllt werden konnten, so müsse man bedenken, daß man auch seine eigene Wohnung nicht auf einmal einrichten kann.

Die Baupolizei hat ein ungeheuer großes Gebiet zu bearbeiten. Man versteht in der Öffentlichkeit leider nicht immer, daß diese Abteilungen ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung erfüllen, wenn sie notwendige Sicherungsmaßnahmen vorschreiben.

Bei der Stadtvermessung begrüßt der Redner, daß eines der modernsten Geräte für die Luftbildauswertung angeschafft werden konnte.

Wenn man bei den Friedhöfen 1,9 Millionen Schilling für die Luegerkirche eingesetzt habe, so wäre es wohl angemessen, auch Mittel bereitzustellen, um die Verwaltungsgebäude des Zentralfriedhofes renovieren zu können. Man versuche in der Geschäftsgruppe VII, die städtischen Gärtner und Steinmetzen nach Möglichkeit zurückzudrängen, um den Privatunternehmungen mehr Spielraum zu schaffen. Die Einnahmenverluste müßten jedoch aus Steuer-

mitteln ersetzt werden! Der Redner verlangt auch die Wiedereröffnung der städtischen Gärtnerei beim Stammersdorfer Friedhof.

Bei der Besprechung der Abteilung für technische Verkehrsangelegenheiten urgiert der Redner das neue Straßenverkehrsgesetz. Er hoffe, daß der Entwurf des Handelsministeriums bald verwirklicht wird.

GR. Mayr richtete einen Appell an alle Kraftfahrer aber auch an die Fußgänger, im Straßenverkehr mehr Rücksicht zu üben!

Minister Dr. Bock sollte auch danach trachten, daß wir ein Bodenbeschaffungsgesetz bekommen, um Verkehrsengen und Verkehrsfallen endlich beseitigen zu können. Die Stadt Wien ist gerne bereit, für die notwendigen Grundablösungen zu zahlen, allerdings nicht mit "Transfines-Provisionen" (Lobhafte Zwischenrufe bei der ÖVP, Gegenrufe bei SPÖ und VO).

Die Stadtförste erfüllen für Wien die große Aufgabe, das Quellenschutzgebiet zu betreuen, um den Wienern das gute Wasser zu sichern. Es ist auch erfreulich, daß die Aufforstung auf dem Laaer Berg so gut geglückt ist.

Abschließend sagt GR. Mayr, daß alle Abteilungen in der Geschäftsgruppe VII daran mitwirken, damit unser Wien heller, sicherer und schöner wird. Seine Fraktion gebe daher die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Gruppe.

Stadtrat Bauer sagt in seinem Schlußwort, er könne die Beantwortung der Anfragen des VO-Debatteredners dem zuständigen Ausschuß überlassen, da zu jeder Anfrage auch ein entsprechender Antrag gestellt wurde. Er teilt ferner mit, daß Verhandlungen im Gange sind, um weitere große Liegenschaften im Wald- und Wiesengürtel bald in den Besitz der Stadt Wien zu bringen.

GR. Ing. Arch. Lust hat sich mit verschiedenen Reorganisationsvorschlägen beschäftigt. Mit dem neuen Stadtplaner werden diese Fragen wohl bald gelöst werden können.

Was GR. Mayr wegen der schlechten Beleuchtung der Triester Straße gesagt hat, müsse mit dessen eigenem Argument beantwortet werden, nämlich, daß man auch eine Wohnung nicht auf einmal einrichten könne. Der Stammersdorfer Friedhof wird von vier Gärtnern betreut, deren Kapazität nicht ausgenützt ist. Aber man könne prüfen, ob eine städtische Gärtnerei dort Platz habe.

Sodann ersucht der Referent um die Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe VII.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VII. Hauptstückes ohne die Stimmen der VO angenommen. Die Anträge der VO werden einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die Städtischen Unternehmungen im Jahre 1958
=====

18. Dezember (RK) Wie wir heute bereits berichteten, wird der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, morgen in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates und des Finanzausschusses die Wirtschaftspläne für die Betriebe der Wiener Stadtwerke sowie für das Brauhaus der Stadt Wien und die Gewista einbringen. Stadtrat Dkfm. Nathschläger übermittelte der "Rathaus-Korrespondenz" zu diesen Wirtschaftsplänen folgende Erläuterungen:

Die Aufstellung des Voranschlages, speziell der Wiener Stadtwerke, für das Jahr 1958 war, wie der Öffentlichkeit bereits bekannt ist, mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Erst heute konnte das Budget dem zuständigen Ausschuß für die Städtischen Unternehmungen zugeleitet werden und morgen früh wird es in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates und des Finanzausschusses eingebracht, um am Freitag im Wiener Gemeinderat verabschiedet zu werden. Die Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke (E-Werke, Gaswerke, Verkehrsbetriebe und Bestattung) legten ursprünglich Budgetentwürfe vor, die zu einem Gesamtabgang von rund 379,3 Millionen Schilling führten. Durch verschiedene Veränderungen, die überwiegend eine Auswirkung der bis vorgestern geführten Parteienverhandlungen darstellen, konnte das Defizit auf 314,3 Millionen Schilling herabgemindert werden. Pro 1957 betrug dieser Abgang 314,7 Millionen Schilling; das Ergebnis der Voranschläge der beiden Jahre ist somit praktisch gleichgeblieben.

Das Brauhaus der Stadt Wien weist in seinem Voranschlag einen Überschuß von 314.000 S aus und die Gewista einen solchen von rund 189.000 S.

Sämtliche Unternehmungen verzeichnen an Aufwendungen 2.968 Millionen Schilling und Erträge von 2.655 Millionen Schilling. Gegenüber dem Jahre 1957 sind die Aufwendungen um 2.94 Prozent und die Erträge um 3.32 Prozent gestiegen.

Von großer Bedeutung bei der Erstellung des Voranschlages der Wiener Stadtwerke war besonders der Umstand, daß sich der Personalaufwand, aber auch die Abschreibungen nur unwesentlich gegenüber dem Jahre 1957 veränderten, während von 1956 auf 1957 der Personal-

aufwand um 189 Millionen Schilling (= 21.18 Prozent) und die Abschreibungen um 81 Millionen Schilling (= 23.8 Prozent) anstiegen.

Produktions- und Leistungsannahmen

Die E-Werke beziffern den voraussichtlichen Stromverkauf im kommenden Jahr mit 1420 Millionen kWh, das ist um rund 6 Prozent mehr als im Ansatz pro 1957 und um rund 8 Prozent mehr als die tatsächliche Abgabe im laufenden Jahr betragen wird. Da die Steigerung des Stromverkaufes von 1956 auf 1957 mit 13.3 Prozent angenommen wurde, zeichnet sich sehr deutlich eine Verlangsamung des Konsumanstieges ab, der auch beim Gasverkauf zu bemerken ist. Die Gaswerke präliminieren eine verkaufte Gasmenge von 514.2 Millionen Kubikmeter, das bedeutet eine Zunahme um rund 6 Prozent gegenüber der im Jahre 1957 abgegebenen Menge, während für das laufende Jahr, verglichen mit dem Voranschlag 1956, mit einer Steigerung von 10.7 Prozent gerechnet wurde. Die Verkehrsbetriebe rechnen mit einer Gesamtfrequenz von rund 506 Millionen Fahrgästen gegenüber einer Annahme von 512 Millionen pro 1957 und effektiv erreichten 505 Millionen Fahrgästen im Jahre 1956.

Reduzierung der Personalstände

Der Personalstand der Wiener Stadtwerke wird um 410 Bedienstete niedriger angenommen als pro 1957; davon entfällt auf die Wiener Verkehrsbetriebe allein ein Minus von 314 Bediensteten. Die Anzahl der Pensionsparteien ist jedoch nach wie vor im Steigen begriffen, wenn auch nicht so stark wie in den vorangegangenen Jahren. Im nächsten Jahr werden voraussichtlich nur 170 Pensionsparteien zuwachsen, während dem Ansatz 1957 eine Steigerung um 570 Pensionsparteien zugrundegelegt wurde. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten weist eine seit langer Zeit nicht mehr verzeichnete Reduzierung um insgesamt 240 Aktive oder pensionierte Bedienstete auf.

Insgesamt beschäftigen die Wiener Stadtwerke sowie das Brauhaus der Stadt Wien und die Gewista 20.052 aktive Bedienstete, während sie für 19.528 Pensionsparteien zu sorgen haben. In den Personalständen sind 345 Jugendliche nach dem Jugendeinstellungsgesetz enthalten.

Investitionen

Die möglichen Investitionen der Wiener Stadtwerke beziffern sich im Jahre 1958 auf 304,9 Millionen Schilling gegen 297,3 Millionen Schilling im Jahre 1957. Im einzelnen sind bei den E-Werken Investitionen im Gesamtausmaße von 200,6 Millionen Schilling, bei den Gaswerken von 71,9 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben von 28,5 Millionen Schilling und bei der Bestattung von 3,9 Millionen Schilling vorgesehen. Gegenüber dem Voranschlag 1957 können die E-Werke um 36,5 Millionen Schilling, die Gaswerke um 8.6 Millionen Schilling und die Bestattung um 0.9 Millionen Schilling mehr investieren, dagegen tritt bei den Verkehrsbetrieben, wo es eminent notwendig wäre, eine Verminderung um 38.3 Millionen Schilling ein, wobei noch zu bedenken ist, daß die durch einen 100 Millionen Schilling-Kredit im Jahre 1957 ermöglichte Investitionssumme von 66,8 Millionen Schilling nur ungefähr ein Drittel dessen darstellte, was das Unternehmen unter normalen Umständen braucht.

In einer solchen Situation können die Verkehrsbetriebe weder neue Bestellungen für den Wagenpark des Straßenbahn- und Stadtbahnbetriebes noch des Autobusbetriebes tätigen. Wohl werden im kommenden Jahr auf Grund früher erteilten Bestellungen noch 10 Großraumzüge, 21 Triebwagen für die Straßenbahn und 24 Umbauwagen für die Stadtbahn geliefert werden. Weitere Bestellungen, sei es für die Modernisierung des Stadtbahnbetriebes, sei es für die Anschaffung neuer Autobusse können vorläufig mangels finanzieller Mittel nicht getätigt werden. Auch für den Gleisbau steht nur ein ganz geringfügiger Betrag zur Verfügung.

Wenngleich die Situation bei den Elektrizitäts- und Gaswerken trotz einer Verlangsamung des Konsumanstieges noch immer als im großen und ganzen befriedigend bezeichnet werden kann, erscheinen die Verhältnisse bei den Verkehrsbetrieben nach wie vor gravierend und erheischen dringend eine dauerhafte Sanierung. Ansätze hiezu sind in Parteienverhandlungen bereits gemacht worden. Es müssen aber auch weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, um sowohl eine gesunde Lösung im Interesse des Unternehmens als auch der Wiener Bevölkerung herbeizuführen.

Die Öffentlichen EinrichtungenDie Beratungen über das 8. Hauptstück

Stadtrat Koci (SPÖ) referiert sodann über die Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen. Der Stand des aktiven Personals in dieser Gruppe beträgt 4.455 Arbeiter und Angestellte, die einen Personalaufwand von 182,3 Millionen Schilling erfordern. Für den Sachaufwand sind 257 Millionen eingesetzt. Die Einnahmen werden sich auf insgesamt 222 Millionen Schilling belaufen und sind damit um 9,8 Millionen höher als 1957. Die Ausgaben sind mit 449 Millionen veranschlagt, sie steigen gegenüber 1957 um 13,3 Millionen Schilling. Es ist somit für diese Geschäftsgruppe ein Gebarungsabgang von 227,1 Millionen Schilling zu verzeichnen, um 3,5 Millionen mehr als 1957.

Bei der Kanalisation sind für die Erhaltung der baulichen Anlagen im Jahr 1958 8,6 Millionen bereitgestellt. Darin sind die laufenden Instandsetzungsarbeiten, vor allem die Erneuerung der alten baufälligen Kanäle mit 3,2 Millionen und größere Kanalinstanzsetzungen mit 1,3 Millionen enthalten. 22,5 Millionen Schilling sind für Kanalneubauten budgetiert. 10 Millionen sind für etwa 6.450 m neue Straßenkanäle städtischer Wohnhausanlagen und 6,9 Millionen für sonstige Kanalbauten gedacht. Für den weiteren Ausbau des Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanales ist ein Betrag von 2 Millionen ausgeworfen.

Mehr Wasser für Wien

Zur Verbesserung der Wasserversorgung wurde im heurigen Jahr die Wientalwasserleitung um einen Betrag von 21,3 Millionen angekauft. Die Gemeinde kann durch diesen Ankauf in den kommenden Jahren erhebliche Beträge aus der Post "Fremdwasserbezug" einsparen. Für die Erhaltung der baulichen Anlagen auf dem Gebiete der Wasserversorgung wurden 30 Millionen bereitgestellt, für die Erneuerung der maschinellen Einrichtungen 5,8 Millionen. Die achte und letzte Baurate für den Wasserspeicher in Neusiedl wird 3 Millionen betragen. Die im Jahre 1956 im Rohbau fertiggestellten Kammern C und D wurden 1957 vollständig ausgebaut und sind am Ende dieses Jahres betriebsbereit. Mit der eigentlichen Inbetriebnahme ist im Jahre

1958 zu rechnen, da erst das Ergebnis der vorgeschriebenen chemischen, bakteriologischen und biologischen Untersuchungen abgewartet werden muß. Der Ausbau des Grundwasserwerkes Nußdorf wird weiter fortgesetzt. Zur Durchführung von Maßnahmen für die zusätzliche Wassergewinnung sieht das Budget 1,180.000 Schilling vor. Der derzeitige Winterwasserverbrauch erreicht fast die Höhe des früheren Sommerwasserverbrauches. Um dem steigenden Wasserverbrauch Rechnung zu tragen, wurde die Fassung und Einleitung der Schreyerbachquelle in Steinbach durchgeführt, ferner die Übernahme des Wasserwerkes im ehemaligen Luftpark Wöllersdorf zur zusätzlichen Leistungssteigerung der 1. Hochquellenleitung herangezogen. Im Holzäpfeltal werden weitere Aufschließungsarbeiten durchgeführt. Zur Erleichterung der Verbrauchsspitzen werden im Wiener Raum Vorbereitungsuntersuchungen zur Einbeziehung des Grundwassers unternommen. Im heurigen Jahr beträgt der durchschnittliche Wasserverbrauch pro Kopf der Bevölkerung im Tagesdurchschnitt 247 Liter, das ist ungefähr gleich hoch wie im Vorjahr. Der Tageshöchstverbrauch wurde während der Hitzeperiode im Juni verzeichnet mit 300 bis 330 Liter. Der Tagesmindestverbrauch wurde am 21. April mit 190 Liter gemessen.

Neue städtische Bäder

Die städtischen Bäder werden voraussichtlich Einnahmen von 18,299.500 Schilling bringen, haben jedoch Ausgaben von 48 Millionen. An baulichen Herstellungen ist besonders die zweite Baurate für das Sommerbad Laaer Berg in der Höhe von 10 Millionen zu nennen. Das neu errichtete Kinderfreibad im 19. Bezirk, Hintergärtenstraße, wird im Sommer 1958 eröffnet werden können. Ein weiteres Kinderfreibad wird im 13. Bezirk gebaut werden. Die Baukosten erfordern 1 Million Schilling. Damit beginnt die Gemeinde Wien mit dem Bau des 30. Kinderfreibades (Beifall bei der SPÖ).

Ein Versuch wird mit der Modernisierung des überalterten Volksbades in Favoriten unternommen. Sollte dieser Versuch Erfolg haben, werden alle übrigen Volksbäder in der gleichen Weise modernisiert.

Im Sommerbad Hütteldorf wird das Schwimmbecken erneuert werden. Insgesamt betreibt die Gemeinde Wien 22 Warmbäder, 3 Warm- und Sommerbäder, 10 Sommerbäder und 28 Kinderfreibäder.

Die Warmbäder besuchten bis Ende Oktober 1957 4,794.778 Personen, das sind um 98.967 mehr als 1956; die Sommerbäder weisen eine Besucherzahl von 1,139.856 auf, das sind um 76.043 mehr gegenüber 1956; die Kinderfreibäder wurden jedoch nur von 569.733 Kindern aufgesucht, das sind um 106.256 weniger als im Vorjahr.

Die Steigerung bei den Sommerbädern erklärt sich durch das günstige Sommerwetter, der Abgang bei den Kinderfreibädern dadurch, daß während der Ferienzeit in den Monaten Juli und August äußerst ungünstiges Badewetter herrschte.

Die Übersicht über die Besucher der Warmbäder zeigt gegenüber dem Vorjahr eine steigende Tendenz in den Brause-, Wannen-, Dampf- und Schwimmbädern.

Die städtischen Wäschereien

Die betriebsmäßig geführte Magistratsabteilung 45 betreut nicht nur die eigenen Zentralwäschereien, sondern auch die anstalts-eigenen Wäschereien. Der Gebarungsabgang weist 2,2 Millionen auf, da den Einnahmen von 16,046.800, Ausgaben von 18,266.800 Schilling gegenüberstehen. Der größte Betrag mußte wie immer für die Verbrauchsmaterialien, darunter für Waschmittel sowie für Brennstoffe mit 3,2 Millionen bereitgestellt werden. Bauliche Veränderungen sind ständig erforderlich. Im kommenden Jahr wird für die Errichtung eines Hallenneubaues mit 1,3 Millionen Schilling vorgesorgt und Maschinen verschiedenster Art werden mit einem Betrag von 800.000 Schilling angeschafft.

Diese notwendigen Investitionen sind umso mehr verständlich, weil die Zentralwäscherei eine stets steigende Waschleistung aufweist. Betrug die Leistung bis Oktober 1956 4,160.800 kg, monatlich 16.000 kg, so wurde diese bis Oktober 1957 auf 4,510.816 kg, das sind monatlich 451.000 kg gesteigert.

Sämtliche 34 maschinell eingerichtete Wohnhauswäschereien stehen in Betrieb. Bis Oktober 1957 wurden die Wohnhauswäschereien von 188.058 Wohnparteien benützt.

Besonders stark besucht werden die Wohnhausbadeanlagen. In den 74 durchschnittlich in Betrieb gestandenen Wohnhausbadeanlagen wurden bis Oktober 1957 421.446 Besucher gezählt, das sind um 18.479 mehr als 1956.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Magistratsabteilung 48 ist als Betrieb organisiert und umfaßt die Stadtreinigung und den Fuhrpark.

Die Straßenpflege in unserem Stadtgebiet wird immer schwieriger. Das rasche Ansteigen des ruhenden und fließenden Verkehrs infolge der ständig zunehmenden Motorisierung beengt und behindert die Reinigung. Auf diesem Gebiete wird immer wieder laufend versucht durch Mechanisierung bessere Möglichkeiten zu schaffen, um die Straßen sauber zu halten.

Der Versuch des wechselseitigen Parkverbotes im begrenzten Gebiet des 1., 7. und 8. Bezirkes hat sich bewährt. Mit Ausnahme weniger haben sich in allgemeinen die Fahrzeuglenker an dieses Verbot gehalten.

Über die allgemeine Straßenreinigung kann gesagt werden, daß durch das wechselseitige Parkverbot ein wirklicher Erfolg zu verzeichnen ist, da die selbstaufnehmenden Kehrmaschinen dadurch in der Lage sind, bei Nacht jeweils eine Straßenseite in diesem Gebiete einwandfrei zu reinigen.

Aus der Praxis der winterlichen Straßenreinigung im Zusammenhang mit dem wechselseitigen Parkverbot kann leider kein Bericht gebracht werden, da der vergangene Winter glücklicherweise sehr mild und ohne besonderen Schneefall war.

Es zeigt sich jedoch immer mehr, daß die Straßenreinigung ihre Haupttätigkeit in die Nachtstunden verlegen muß. Dies bedeutet selbstverständlich nicht nur Schwierigkeiten beim Personaleinsatz, sondern auch höhere Ausgaben, wie auch die Budgetziffern zeigen: 79,249.500 Schilling sind die Einnahmen und 192,214.000 Schilling die Ausgaben der Stadtreinigung und des städtischen Fuhrparks. Das ergibt einen Gebarungsabgang von fast 113 Millionen Schilling.

Von besonderer Bedeutung ist der Ansatz von 600.000 Schilling für Instandhaltung und Beschaffung von Straßentafeln. Infolge der Schaffung von neuen Verkehrsflächen ergibt sich ein erhöhter Bedarf bei der Anschaffung von Straßentafeln.

Im Voranschlag 1958 ist es mir gelungen, zum erstenmal einen Betrag von 100.000 Schilling vorzusehen, für Versuche in Alleenstraßen beleuchtete Straßentafeln anzubringen.

Die größte Budgetpost nehmen selbstverständlich die Beförderungskosten ein. Für den Betrieb der Kehrmaschinen, für die Straßenkehrrichtabfuhr, für den Winter- und Sommerdienst der Straßenreinigung, als auch für die Hauskehrrichtabfuhr durch den städtischen Fuhrpark werden 28,465.000 Schilling erforderlich sein.

Neue Geräte und Maschinen für die Straßenpflege, 12.000 Coloniagefäße zu 90 Liter und 6.000 zu 35 Liter werden angeschafft und für die Erneuerung und Modernisierung des Fuhrparkes, sowohl für die Straßenreinigung, als auch für die Müllabfuhr werden Fahrzeuge angekauft. Für diese Inventaranschaffungen sind beabsichtigt 11,-30.000 Schilling aufzuwenden.

Die Magistratsabteilung 48 wird auch heuer wieder einen Winterbereitschaftsdienst in den drei Großgaragen einführen, um auch gegen einen plötzlich eintretenden Schneefall gewappnet zu sein. Alle technischen und organisatorischen Maßnahmen, beziehungsweise Vorbereitungen, alle Anschaffungen von Maschinen und Geräten können immer nur Hilfsmittel für die Straßenpflege sein.

Der Berichterstatter dankt abschließend allen Arbeitern und Angestellten, allen Abteilungsleitern und leitenden Beamten der Verwaltungsgruppe VIII für ihre treue Pflichterfüllung.

Die Debatte über das 8. Hauptstück

GR. Maller (VO) kritisiert in seinem Debattebeitrag die mangelnden Vorrichtungen in der Umgebung der Müllablagerungsstätten zum Schutz der Bevölkerung gegen Geruchsbelästigung und regt an, man möge gegen diesen Übelstand etwas unternehmen. Er spricht sich auch für eine bessere Ausstattung des städtischen Fuhrparkes mit Straßenreinigungsmaschinen aus. Auch die klaglose Schneesäuberung erfordere zeitgerechte Vorkehrungen seitens der zuständigen Stellen. Zum Kapitel Wasserversorgung meint er, daß in gewissen Zeitabständen die Chlorbeimengungen in das Wiener Trinkwasser empfindlich zu spüren sind und verlangt die Einschränkung der Chlorierung des Wassers. Er bringt ferner einige durch eigene Beschluß- und Resolutionsanträge unterstützte Anregungen. So beantragt er die Errichtung eines Kinderplanschbeckens im Esterházypark, die Erweiterung des Volks-

bades auf dem Reithofferplatz in Rudolfsheim-Fünfhaus, die Vergrößerung des Kinderfreibades auf dem Franz Josefs-Kai sowie die Errichtung eines Hallenschwimmbades im 21. Bezirk.

Er verweist auf den Mangel an Bedürfnisanstalten und richtet an den Amtsführenden Stadtrat die Anfrage, ob etwas zum Schutz der Bewohner von Floridsdorf gegen die Gerüche des Leopoldauer Sammelkanals vorgesehen ist. Abschließend machte er noch darauf aufmerksam, daß die Anbringung der Straßentafeln in den Siedlungsgebieten sehr langsam vor sich gehe. Der Redner erklärt, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe VIII zustimmen wird.

GR. Walzer (ÖVP) verweist auf die Bedeutung der Leistungen der Geschäftsgruppe für Öffentliche Einrichtungen. Er begrüßt die Dotierung für Kanalbauten und spricht sich im Zusammenhang auch für den Ausbau von sanitären Anlagen aus, vor allem auf größeren Plätzen. Als ein unrühmliches Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte, erwähnte er die neue Bedürfnisanstalt, die beim **Umbau** des Urban Loritz-Platzes, also unmittelbar in der Nähe der Wiener Stadthalle, aufgestellt wurde. Es scheint ihm unwahrscheinlich, sagt der Redner, daß dieses Objekt aus finanziellen Gründen nicht unter das Straßenniveau verlegt werden konnte.

Die Wasserversorgung ist jedoch nach wie vor ein Sorgenkind. Er hoffe, daß die Vollendung des Speichers eine Erleichterung bringen werde. Der Redner gab auch seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Bevölkerung von Hadersdorf-Weidlingau in absehbarer Zeit mit einer einwandfreien Wasserversorgung rechnen könne.

Bei den Bädern begrüßt GR. Walzer den Weiterbau des Sommerbades auf dem Laaer Berg. Einige Wiener Bezirke haben leider noch immer kein Kinderfreibad. Es wäre wünschenswert hier Abhilfe zu schaffen.

Die Stadtreinigung wird wohl immer Anlaß zu Kritik geben. Die Straßenpflege in den Außenbezirken läßt allerdings wirklich zu wünschen übrig. Er hoffe, daß sich die Investitionen bei dieser Abteilung günstig auswirken werden.

Bürgermeister Jonas hat ja auch in einer Radiorede davon gesprochen, daß es vor allem auf die Organisation ankommt. Die Organisation muß eben so eingerichtet sein, daß sie allen Anforderungen entspricht. Der Redner stellt auch die Frage an den Referenten, welche Fahrzeuge für die Erneuerung des Fuhrparkes im kommenden Jahr angeschafft werden sollen.

Die Müllabfuhr entspricht nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit. Die Ablagerungsplätze liegen bereits im Stadtgebiet. Die Müllverbrennung ist nach Ansicht des Redners der einzige richtige Weg.

Abschließend dankt GR. Walzer allen Angestellten und Arbeitern dieser Geschäftsgruppe und erklärt die Zustimmung zu dem Voranschlag (Beifall bei der ÖVP).

GR. Wiedermann (SPÖ) bespricht ebenfalls die einzelnen Abteilungen der Gruppe VIII. Er hebt hervor, daß man bei den Wasserwerken imstande war, um ein Drittel mehr Wasser in den letzten Jahren nach Wien zu bringen. Dies entspricht dem Bau einer dritten Wasserleitung von der Kapazität der ersten Hochquellenleitung. Es wird jedoch weiter notwendig sein, zusätzlich Wassermengen zu beschaffen. Der Redner begrüßt daher die Vorarbeiten für den Bau einer neuen Wasserleitung. Eines sei jedoch klar, daß es sich bei der dritten Wasserleitung nicht mehr um Hochquellenwasser handeln kann.

Bei den Bädern verweist der Redner darauf, daß die Besuchergebühren nicht mehr den Aufwand für das Personal decken. Er freue sich, daß wieder ein Kinderfreibad im Voranschlag vorgesehen ist. Leider sind jedoch keine Mittel für das Bad in der Kuchelau bereitgestellt. Warum gibt es gerade hier immer wieder neue Schwierigkeiten?

Bei der Stadtreinigung scheinen immer wieder die gleichen Klagen auf. Man möge jedoch bedenken, daß das Ausmaß der Wiener Straßen 21 Millionen Quadratmeter beträgt. Niemand kann annehmen, daß die Reinigung dieser großen Fläche in kürzester Zeit erfolgen kann. Wie sehr die Stadtverwaltung bemüht ist, auf diesem Gebiet das Bestmögliche zu leisten, beweisen die aufgewendeten Summen für die Straßenreinigung. So werden 1957 18,5 Millionen Schilling ausgegeben. Der Redner tritt auch dafür ein, daß das wechselseitige Parken auf ganz Wien ausgedehnt wird.

Was die Müllverbrennung betrifft, so gibt es auf diesem Gebiet nicht allzuvieler Erfahrungen. Es sei daher besser noch zuzuwarten.

Zum Schluß gab der Redner die Zustimmung zu den Ansätzen des Voranschlages der Gruppe VIII.

Stadtrat Koci stellt zu den Wünschen des GR. Maller und auch des GR. Walzer fest, es sei auch ihm bekannt, daß noch etliche Kinderfreibäder mehr gebraucht werden. Leider fehlen aber die finanziellen Mittel, um jährlich mehr als ein Kinderfreibad zu errichten. Dort, wo der Bedarf am größten ist, wird jedoch immer zuerst für die Errichtung eines Kinderfreibades gesorgt. Dasselbe gelte für die Wünsche nach dem Bau von Hallenbädern. Er weiß, daß der Wunsch nach einem Hallenbad in Floridsdorf sehr groß ist. Augenblicklich sei Favoriten an der Reihe, doch könne er versprechen, er werde sich bemühen, auch die Floridsdorfer Wünsche zu erfüllen, sobald dies die finanziellen Mittel erlauben.

Zur Klage über die Geruchsbelästigung durch die Abwässer des Leopoldauer Sammlers ist zu sagen, daß eine Eindeckung leider wegen Explosionsgefahr nicht möglich ist und auch deswegen nicht, weil es den Kanalarbeitern unmöglich wäre, einen solchen geschlossenen Kanal zu räumen. Der ganze Akt wurde jedoch an die Direktion des Gaswerkes, das seine Abwässer in den Kanal einmündet, abgetreten. Es wurde bereits ein Plan erstellt, der Abhilfe schaffen könnte, doch müssen für seine Verwirklichung erst die finanziellen Mittel aufgebracht werden. Die Schwierigkeiten in der Durchführung der Straßenbezeichnungen haben gleichfalls finanzielle Ursachen.

GR. Walzer hat den Umbau der Bedürfnisanstalt auf dem Urban Loritz-Platz einer Kritik unterzogen. Sicher wäre es schöner, alle diese Anlagen unter die Erde zu verlegen, aber es ist ein Unterschied, ob man für eine Sache 160.000 Schilling aufwenden muß oder 800.000 Schilling, die für den unterirdischen Einbau notwendig gewesen wären. Außerdem liegt dort der Kanal zu hoch, so daß eigene Pumpenaggregate eingebaut hätten werden müssen. Verkehrsbehindernd wirkt die Bedürfnisanstalt auf dem Urban Loritz-Platz jedoch nicht.

Die Anträge des GR. Maller empfiehlt Stadtrat Koci dem zuständigen Ausschuß zuzuweisen.

Stadtrat Koci bringt dann auf Wunsch von GR. Walzer eine umfangreiche Liste zur Verlesung, aus der die Zahl der für den Fuhrpark seiner Geschäftsgruppe bestellten Fahrzeuge hervorgeht. Auf die Frage der Schneereinigung zurückkommend, verweist er auf die Bemühungen sämtlicher Bediensteten. Sie stehen oft vor einer schwierigen Aufgabe, die noch dazu manchmal das Ausmaß einer Naturkatastrophe hat. Nicht nur in Wien, sagte er, sondern in der ganzen Welt ist vor allem die Schneeabfuhr ein großes Problem. Selbst bei Einsatz der größten Zahl von Fahrzeugen könnten die Schneemaschinen nicht so rasch weggeschafft werden, wie man es wünschen würde. In der letzten Zeit wurde in Wien die Zahl der zur Schneeaufnahme geeigneten Kanalschächte vergrößert.

Stadtrat Koci beantwortet dann die Anfragen wegen des Kanalbaues in der Pionierkaserne in Klosterneuburg, die staubfreie Müllabfuhr im 23. Bezirk und kommt dann noch einmal auf das Kapitel Wasserversorgung zu sprechen. Er erklärte, daß der gegenwärtige durchschnittliche Wasserverbrauch von 247 Liter pro Kopf und Tag noch keine besonderen Probleme aufwerfe. Die Sorge beginne erst dann, wenn im Sommer der Wasserverbrauch täglich und wochenlang auf 300 Liter und darüber steigt.

Zu den Ausführungen von GR. Walzer über die Laudon'sche Wasserleitung sagt der Referent, daß das Gesundheitsamt seinerzeit die Qualität dieses Wassers einwandfrei befunden habe; trotzdem hat sich aber jetzt die Stadtverwaltung, vor allem aus sanitären Gründen, zu einer gründlichen Instandsetzung dieser Wasserleitung entschlossen.

Ob eine dritte Wiener Wasserleitung gebaut werden kann, hängt nicht so sehr von der Bereitstellung der finanziellen Mittel ab, sondern davon, ob das Ministerium der Stadtverwaltung das Wasserrecht erteilen wird.

Was die von GR. Maller vorgebrachte Anregung zur Müllverbrennung betrifft, so habe sich die Stadtverwaltung schon seit längerer Zeit mit dieser Frage ernsthaft beschäftigt.

Zur Verwirklichung dieser Absichten wird es in absehbarer Zeit kommen müssen, schon aus dem Grunde, weil die Müllablagerungsmöglichkeiten in Wien immer geringer werden. Er versprach auch alles zu unternehmen, um die Bevölkerung von der Geruchsbelästigung der Ablagerungsstätten zu verschonen. Abschließend dankte er allen Diskussionsrednern für ihre sachliche Debatte und bat um die Genehmigung seiner Ansätze.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 8. Hauptstückes einstimmig angenommen. Die beiden Resolutionsanträge des GR. Maller wurden einstimmig dem zuständigen Ausschuß zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Präsident Marek unterbricht um 18.30 Uhr die Sitzung, die morgen, Donnerstag, um 9 Uhr, mit den Beratungen zum Kapitel IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, fortgesetzt wird.

- - -